

Besprechungen

Karol Modzelewski: Das barbarische Europa. Zur sozialen Ordnung von Germanen und Slawen im frühen Mittelalter. (Klio in Polen, Bd. 13.) Fibre. Osnabrück 2011. 483 S., 4 Kt. ISBN 978-3-938400-66-1. (€ 34,-)

In den vergangenen Jahren erlebten Forschungen zur Geschichte Europas in Antike und Mittelalter eine Hochkonjunktur. Waren einschlägige Diskussionen dabei anfangs von Fragen nach einer einheitlichen „europäischen Identität“ und ihrer Abgrenzbarkeit zu anderen kulturellen Entitäten geprägt, so wurde in der geschichtswissenschaftlichen Forschung zunehmend die Vorstellung einer historischen Einheit Europas problematisiert. Vermehrt wurde Europa als ein Gefüge aus ganz verschiedenen, sich wechselseitig beeinflussenden und sich damit stets verändernden oder erneuernden Elementen – politischen ebenso wie wirtschaftlichen, sprachlichen, kulturellen oder religiösen – verstanden; Europa erschien so als plural geprägtes Gebilde, dessen Spezifikum gerade seine Vielfalt ist. In diesem durchaus spannungsreichen Spektrum von Debatten um die Geschichte Europas in früheren Zeiten sowie um die Wahrnehmung und Ausdeutung dieser Geschichte in der Gegenwart lässt sich auch das Werk des polnischen Mediävisten Karol Modzelewski verorten, das bereits im Jahr 2004 im polnischen Original erschien¹ und nach Übertragungen in die französische, italienische und litauische Sprache auf Initiative des Deutschen Historischen Instituts Warschau nun auch ins Deutsche übersetzt wurde.

Unter dem provokanten Titel „Das barbarische Europa“ beschäftigt sich M. mit dessen kulturellen Wurzeln und sucht wesentliche Merkmale der „komplexen Identität Europas“ (S. 446) historisch fassbar zu machen. Im Mittelpunkt seiner Darstellung steht ein vergleichender Blick auf die Sozialordnung von Germanen und Slawen im frühen Mittelalter. Wie M. in einer luziden und selbstkritischen Einführung offenlegt, geht es ihm dabei keinesfalls um chronologische Ereignisse und Prozesse, sondern um die Konzeption eines homogenen Modells archaischer Sozialordnungen. Für diese Modellbildung hat M. einen in inhaltlicher wie methodologischer Hinsicht ungewöhnlichen Zugriff auf die Materie gewählt: In kritischer Auseinandersetzung mit früheren Forschungsarbeiten und ihrem Fokus auf das mediterrane antike sowie das christliche Erbe als Wurzel Europas nimmt M. mit dem europäischen *barbaricum* Gebiete jenseits des Limes in den Blick. Ihnen misst er ebenso wie dem vielbemühten „klassischen europäischen Erbe“ einen wesentlichen Anteil an der Ausformung der europäischen Kultur zu: Da die „barbarischen Volksstämme“ zu unterschiedlichen Zeitpunkten und in unterschiedlichen Kontexten in die mediterran geprägte Zivilisation eingetreten seien, hätten sie diese in unterschiedlichem Maße beeinflusst und so einen entscheidenden Beitrag zur Vielseitigkeit Europas in Vergangenheit und Gegenwart geleistet (S. 29). An diese erste Grundannahme der zentralen Bedeutung auch des „barbarischen“ Europa schließt eine weitere These unmittelbar an: In Auseinandersetzung mit den historischen Bedeutungsebenen des Begriffs „Barbar“ betrachtet M. sein „barbarisches Europa“ nicht als Gefüge ethnisch und sprachlich voneinander getrennter Einheiten, sondern setzt die Existenz struktureller Gemeinsamkeiten und damit einen gemeinsamen zivilisatorischen Charakter des *barbaricum* voraus – vermutete Unterschiede in jenen Gebieten überwindet M. durch das Postulat anthropologischer Ähnlichkeiten, ja gar einer kulturellen Einheit.

Freilich stellt die vergleichende Untersuchung schriftloser Gemeinschaften im frühen Mittelalter den Vf. vor eine immense methodische Herausforderung, die er mit einer cou-

¹ KAROL MODZELEWSKI: *Barbarzyńska Europa* [Das barbarische Europa], Warszawa 2004.

ragierten, wenngleich in der Forschung bereits verschiedentlich kritisierten Herangehensweise zu bewältigen sucht. So greift M. auf ein breites Spektrum von zeitlich, geografisch und strukturell vollkommen unterschiedlichen Quellen zurück – chronikalische Aufzeichnungen von Caesar über Tacitus bis zu Berichten des hohen Mittelalters werden dabei mit einem bunten Korpus an Rechtsaufzeichnungen fränkischer, burgundischer, alemannischer, friesischer, lombardischer, norwegischer und anderer Provenienz konfrontiert. M. begründet diesen Zugriff zum einen mit einer sich aus der dürftigen Überlieferungslage ergebenden Notwendigkeit, zum anderen mit der These, wonach gewisse anthropologische Situationen und somit auch Wahrnehmungsmuster die Zeit überdauerten. Dies erlaubt es ihm, unterschiedliche Quellen in einem gemeinsamen vergleichenden Horizont zu lesen und z.B. die Sichtweise „barbarischer“ Völker bei Thietmar von Merseburg direkt neben diejenige des Tacitus zu stellen.

Auf dieser Basis behandelt M. in sieben Kapiteln einzelne Aspekte sozialer Ordnungen wie etwa „barbarische“ Gesetze (II), Formen der „sozialen Differenz“ (IV) oder „Institutionen der Stammesgesellschaft“ (VII); die Einleitung des Vf., ein quellenkritisches Kapitel (I) sowie ein abwägender Epilog greifen einzelne Aspekte vertiefend auf und bemühen sich zudem um eine Verortung des Werks im Kontext bisheriger Forschungen. Dabei entwickelt M. seine Thesen stets aus Einzelbeispielen, die er dem Leser quellenkundig und detailreich präsentiert.

Eine derart starke Ableitung, Vereinfachung und Modellbildung muss fast zwangsläufig zulasten einer Darstellung zugrundeliegender historischer Prozesse und Entwicklungen gehen. Tatsächlich vermögen bei M. die von ihm postulierten Zusammenhänge bei Wechselwirkungen des „barbarischen“ mit dem „zivilisierten“ Europa nicht immer einzuleuchten, wie auch manch gewählte Begrifflichkeit im Verlauf der Darstellung an Überzeugungskraft zu verlieren scheint. So tritt M. mit dem Begriff des *barbaricum* an, um „Vereinfachungen“ sowie eine „Illusion von kultureller Homogenität“ zu vermeiden (S. 28) und stattdessen die Pluralität Europas zu entdecken. Indem er bewusst Regionen jenseits des Limes in den Blick nimmt, imaginiert er aber selbst dort einen homogenen Kulturbereich, begreift er doch den Limes als hermetische Grenze zwischen zwei Zivilisationskreisen. Freilich bemüht er sich diesen Eindruck abzuschwächen, indem er postuliert, dass die Völker des *barbaricum* in unterschiedlicher Weise und Intensität, vor allem aber auch zu unterschiedlichen Zeitpunkten in Wechselwirkung mit der mediterranen Zivilisation getreten seien. Wie sich jedoch diese Einflussnahme fassen lässt oder wann sie erfolgte, offenbart sich in den Ausführungen von M. nicht immer in der gebotenen Deutlichkeit; eine Befragung archäologischer Quellen, die M. bewusst nicht berücksichtigt hat, hätte möglicherweise Aufschluss über diese Zusammenhänge geben können. Als Kulminationspunkt der hier skizzierten Entwicklungen vermutet man M. zufolge zu Unrecht die Christianisierung des mitteleuropäischen Raums. Er begreift sie vielmehr als Beginn struktureller Veränderungen, denn erst mit dem Prozess der Christianisierung habe auch die Rezeption klassischer Kulturmuster eingesetzt (S. 443). Je nach Region seien diese Muster unterschiedlich übernommen oder angepasst worden – hierin sieht M. in Europa Unterschiede der sozialen, religiösen und politischen Organisation begründet. Jene Gebiete im östlichen Europa, die von der fränkischen Expansion nicht erfasst worden seien, hätten etwa mit der „barbarischen“ Tradition eines starken Kollektivismus eine ganz eigene Grundlage für Prinzipien der sozialen (Des-)Integration geschaffen und diese über Jahrhunderte bewahrt. So bringt M. Verfahren des frühneuzeitlichen polnischen Reichstags, in dessen Kontext Landboten, welche vom *Liberum Veto* Gebrauch gemacht hatten, eine kollektive Bestrafung durch das Parlament zu befürchten hatten, mit litauischen Bräuchen, wie sie Thietmar von Merseburg beschreibt, in Verbindung und sieht darin ein Beispiel für den nachhaltigen politischen Einfluss des „barbarischen Europa“ (S. 444).

Bei einer Beurteilung sollte in Rechnung gestellt werden, dass zwischen dem Erscheinen der deutschen Übersetzung und der originalen Abfassung des Werks rund acht Jahre liegen – eine Zeit, in der sich nicht nur die Forschung zur mittelalterlichen Kulturgeschich-

te Europas institutionell wie inhaltlich enorm weiterentwickelt hat, sondern auch die vom Vf. mehrfach angesprochenen politischen Debatten um die Vergangenheit des heutigen Europa. M. hat sein „Barbarisches Europa“ im Kontext der Erweiterung der Europäischen Union verfasst – ein nicht nur zeitlicher, sondern auch inhaltlicher Zusammenhang, auf den der Vf. selbst dezidiert verweist. M., einer der bekanntesten Oppositionellen im kommunistischen Polen und Vorkämpfer der *Solidarność*, versteht das Wirken eines Historikers als stets zeitgebunden in der Spanne von Wissenschaft und öffentlichem Wirken und begründet mit einem kurzen Blick auf seine eigene Vita auch seine Perspektive auf die Dinge, die einem „spezifisch osteuropäischen“ Welt- und Vergangenheitsverständnis entsprängen (S. 26). Mit dem Hinweis auf die Bedeutung der (auch eigenen) Zeitgebundenheit, der durch die vorangestellte erhellende biografische Einführung Eduard Mühl es noch an Tiefe gewinnt, präsentiert M. selbst den wohl entscheidenden Zugang zu seinem Werk: *Das barbarische Europa* ist auch ein zeithistorisches Dokument, das Werk eines großen Gelehrten und Europäers, das andere, unkonventionelle Einblicke in die Entwicklungen und Strukturen europäischer Geschichte gibt und damit zweifellos künftige Debatten über Europa anregen wird.

Heidelberg

Julia Dücker

Heike Reimann, Fred Ruchhöft, Cornelia Willich: Rügen im Mittelalter. Eine interdisziplinäre Studie zur mittelalterlichen Besiedlung auf Rügen. (Forschungen zur Geschichte und Kultur des östlichen Mitteleuropa, Bd. 36.) Steiner. Stuttgart 2011. 355 S., 61 Ill., Kt. ISBN 978-3-515-09441-2. (€ 51,-)

Mit diesem Buch hat das Leipziger Geisteswissenschaftliche Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO) ein interessantes Experiment zur Interdisziplinarität erfolgreich zum Abschluss gebracht. Heike Reimann, Fred Ruchhöft und Cornelia Willich haben nämlich die Ergebnisse ihrer gemeinsamen Untersuchung zur mittelalterlichen Entwicklung Rügens anhand von Schriftquellen, Ortsnamen und archäologischen Funden in einem kollektiv verfassten Text vorgelegt. Somit bietet diese späte Publikation aus dem bis 2007 geförderten Gesamtprojekt „Germania Slavica“ schon rein vom formalen Standpunkt aus Neues.

Das Thema des Buches ist vielversprechend, denn Rügen gilt von siedlungskundlicher Seite als ein Sonderfall in Nordostdeutschland. Noch heute prägen zahlreiche bemerkenswert kleine, gestreut liegende Siedlungen bei einer insgesamt geringen Einwohnerzahl das Bild der Inselgruppe (Rügen besteht aus mehreren Inseln und Halbinseln, wie dem Mönchsgut und Hiddensee). Es fehlen, wie die Vf. zeigen, typische, auf die Ostsiedlungszeit zurückgehende Dorfformen. Anders verhält es sich mit dem anschließenden Festland, obgleich dieses im Hoch- und Spätmittelalter mit den Inseln eine politische Einheit, das Fürstentum Rügen, bildete (S. 101-104). Die Transformation der Ostsiedlungszeit hat somit offenbar auf Rügen einen ganz ungewohnten Verlauf genommen. Darauf deutet auch der unter 20 Prozent liegende Anteil deutscher Ortsnamen im Mittelalter hin (S. 126-135). Die Autoren führen in ihrer Untersuchung die Entstehung dieser für die Inselgruppe so typischen Siedlungsstruktur nun auf die slawische Besiedlung zurück. Deren Beginn setzen sie spät, im 9. Jh., an (S. 42-48).

Das in drei große Abschnitte – Kap. 1, 2 und 3-5 – gegliederte Buch beginnt mit einer griffigen Übersicht zu Quellen und Forschungsstand. Die dort ebenfalls befindliche Beschreibung der naturräumlichen Gegebenheiten muss allerdings ohne hinreichendes Kartenmaterial (Bodenkarte und Relief zu Lande und Wasser) auskommen.

Der zweite Abschnitt befasst sich mit der administrativen Gliederung Rügens im 13. und 14. Jh. Von zentraler Bedeutung sind hierbei einerseits die Entstehung des Pfarrkirchensystems und Klostergründungen, zum anderen aber die Entwicklung des Fürstentums Rügen. Die Vf. kommen insgesamt zum Ergebnis, dass sich die räumliche Verteilung der Pfarren wie die der Vogteien an slawischen Siedlungskammern orientierte. Anders als im

übrigen Pommern, in Mecklenburg und in Brandenburg sind jedoch keine slawenzeitlichen Zentralorte fortgeführt worden. Zu den Zentralorten zählen die Vf. auf Rügen maritime Handelsplätze und Burgen unterschiedlicher Funktion (Tempelburgen und Herrschaftssitze).

Die maritimen Plätze befanden sich an den flachen Boddengewässern zwischen den Inseln (S. 40 ff.; 211-216). Nach dem Aufkommen neuer Schiffstypen konnten sie nur noch von kleinen Fahrzeugen angesteuert werden. Profitiert hat von dieser Entwicklung das im 13. Jh. an tieferem Wasser gegründete Stralsund. Die Burg Arkona verlor mit der gewalttätigen Missionierung im 12. Jh. ihre Bedeutung. Die übrigen, der slawischen Elite zugesprochenen Burgen, werden von den Vf. meist erst sehr spät, in das 11. und 12. Jh., datiert. Diese Befestigungen seien aufgrund der geringmächtigen archäologischen Fundschichten weniger als Herrschaftssitze denn als Fluchtburgen anzusehen. Das archäologische Fundbild stützt demnach die im Text gleich mehrfach zitierte (S. 65, 70, 90, 98) Aussage Helmolds über die politische Vormacht der religiösen Führer bei den Rügenlawen. Zirkulär wird dieser Quellenhinweis jedoch auch als Basis zur genannten Interpretation des archäologischen Fundbildes verwendet. Nicht erörtert wird von den Vf. Helmolds mögliche Befangenheit bei der Schilderung dieses von ihm als Krieg gegen gottlose Heiden empfundenen Feldzugs.

Es sind somit auch Brüche gegenüber der slawenzeitlichen Besiedlungsstruktur zu erkennen. Nach Ansicht der Vf. knüpft das mittels archäologischer und schriftlicher Quellen bis in das 13. Jh. zurückverfolgbare Vorherrschen kleiner Gehöftgruppen aber dennoch an das jungslawische (11.-12. Jh.) Siedlungsbild an. Diese Siedlungsform spiegelt sich den Vf. nach in der insgesamt sehr hohen Dichte archäologischer Siedlungsnachweise aus der Slawenzeit wider. Allerdings räumen sie ein, dass die Siedlungen kaum alle gleichzeitig bestanden haben können. Wie sich zudem die sehr lange Verwendung slawischer Keramik bis in das 13. Jh. auf das Fundbild ausgewirkt hat, erörtern sie nicht. Wiederholt greifen die Vf. in diesem Abschnitt argumentativ auf die Ergebnisse ihrer erst anschließend in den Kapiteln 3-5 vorgestellten Detailstudien vor. Gliederungsprobleme sind auch an der gleich dreimal geschilderten Beschreibung der Erstürmung Arkonas (S. 58, 67, 152) und der wohl unbeabsichtigt doppelt gezeigten Ortsnamenkartierung (Abb. 11, S. 51, u. Abb. 31, S. 128) ablesbar.

Der dritte Abschnitt widmet sich dem Nachweis der genannten Hypothesen in drei Detailregionen im Nordwesten, Osten und Südosten Rügens. Neben einer Analyse im Lichte aller drei Disziplinen findet sich dort jeweils ein solider Katalog der mittelalterlichen Siedlungen (Ortsnamengenese, urkundliche Belege, summarisch archäologische Fundstellen).

Besondere Aufmerksamkeit kommt hier dem Kapitel über Schaprode zu, da es eine enge argumentative Verzahnung eigener Begehungen und schriftlicher Belege bietet (Kap. 4). Die Umstrukturierung der ursprünglich auf die Bodden ausgerichteten slawischen Besiedlung kann in Schaprode mit einer neuentdeckten 4 ha großen Siedlung des 10. bis 13. Jh. belegt werden. Ihr keramisches Fundmaterial beweist weiträumige Kontakte, wenn auch (noch) einschlägige Funde (Wägstücke, Hacksilber, Münzen) fehlen. Weitere Begehungen galten kleinen Wüstungen. Einige von ihnen erbrachten neben Keramik des 13./14. Jh. jung- und sogar mittelslawische (Typ Fresendorf; mittleres 9. bis Anfang 11. Jh.) Ware. Daher wird die Existenz einzelner dieser spätmittelalterlichen Kleinsiedlungen von den Vf. bis mindestens in das 11. Jh. zurückdatiert und aus dieser Platzkonstanz eine frühe besitzrechtliche Bindung der Hofstellen abgeleitet. Die heftig diskutierte Frage nach der Existenz von Grundeigentum und Gehöften bei den westslawischen Gemeinschaften wird erstaunlicherweise jedoch lediglich in zwei Fußnoten angesprochen (S. 126, Anm. 378, und S. 220, Anm. 43). Eine so provokante These hätte eine umfassendere Erörterung verdient. Leider ist auch die Vorlage der archäologischen Begehungen unzureichend: Es fehlen Angaben zur Lage und Größe der Begehungsflächen, das Fundmaterial wird nicht einmal summarisch (Anzahl der Fragmentarten und Warenanteile) dargestellt, und im gesamten Band gibt es keine Abbildung der Keramiktypen.

In sprachlicher Hinsicht überzeugt das Buch nicht immer, und es gibt einige Flüchtigkeitsfehler im Layout und bei der Beschriftung der Abbildungen. Wichtiger aber sind die zahlreichen interessanten Überlegungen und fundierten Thesen, welche die drei Forscher/-innen hier vorgelegt haben. Ihre Ergebnisse rufen zu weiterführenden Forschungen unter Einbeziehung der Naturwissenschaften (u. a. der Limnologie) auf.

Göttingen

Anne Klammt

Antony Polonsky: The Jews in Poland and Russia. Bd. 1: 1350-1881. The Littmann Library of Jewish Civilization. Oxford – Portland/OR 2009. 566 S., 8 Kt., 3 Ill. ISBN 978-1-874774-64-8. (\$ 59,50.)

Bd. 2: 1881-1914. The Littmann Library of Jewish Civilization. Oxford – Portland/OR 2010. 518 S., 5 Kt., 44 Ill. ISBN 978-1-904113-83-6. (\$ 59,50.)

Bd. 3: 1914-2008. The Littmann Library of Jewish Civilization. Oxford – Portland/OR 2012. 1040 S., 14 Kt., 9 Ill. ISBN 978-1-904113-48-5. (\$ 69,50.)

Die Geschichte und Traditionen der aschkenasischen Juden begannen sich mit der Ansiedlung der Juden in Polen-Litauen auseinanderzuentwickeln. So entstand im Laufe der Jahrhunderte in Polen-Litauen ein Zentrum des europäischen Judentums, das seit dem 19. Jh., als in Mittel- und Westeuropa durch die Haskalah und Emanzipation die Akkulturation und Assimilation weit vorangeschritten waren, durch einerseits traditionell-religiöse Lebensformen, andererseits durch fortschrittliche Bewegungen wie die des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbunds und des Zionismus gekennzeichnet war. Dort war auch die größte jüdische Gemeinschaft weltweit entstanden, die durch die Teilungen Polen-Litauens und die Zugehörigkeit zu den drei Imperien Ostmitteleuropas unterschiedliche Impulse für die weitere Entwicklung erhielt. Erst durch diese gelangte eine größere Zahl von Juden unter die Herrschaft des Zaren.

Da sich nicht allein die einzigartige religiöse und kulturelle Konstellation, sondern auch die große Zahl von Emigranten insbesondere nach den Pogromen des Jahres 1881 auf die Entwicklung des Judentums in der ganzen Welt, vor allem auf das in Amerika, auswirkte, hat die Mehrheit der Juden weltweit ihre Wurzeln in Polen-Litauen, so dass dieser historische Raum einen wichtigen Faktor des kollektiven Gedächtnisses bildet.

Nach Heinrich Grätz¹ und insbesondere nach Simon Dubnows² wegweisenden Arbeiten fehlten bislang umfassende, durchkomponierte Synthesen zur Geschichte der Juden in Polen und Russland von dem Beginn ihrer Siedlung dort bis zur heutigen Zeit, sieht man einmal von dem in mehrfacher Auflage erschienenen Bändchen Heiko Haumanns³ ab. Rund ein Jahrhundert nach dem Erscheinen von Dubnows Werk und nach dem „Zeitalter der Extreme“ (Eric Hobsbawm), das für die Juden im östlichen Europa Verfolgung und Vernichtung bedeutete, war eine solche Synthese ein schmerzlich vermisstes Desiderat. Auch durch die Öffnung der Archive im europäischen Osten einerseits, durch zahlreiche Einzel- und Detailstudien zur Geschichte der Juden im östlichen Europa andererseits entstand die Notwendigkeit, über die älteren Gesamtdarstellungen hinausgehend eine neue Synthese zu verfassen, die den „überwiegend sentimental und auch den exzessiv negativen Blick“ (Bd. 1, S. 3) zu überwinden versucht, um die „enorme Bedeutung der Ge-

¹ HEINRICH GRÄTZ: Geschichte der Juden von den ältesten Zeiten bis in die Gegenwart. Aus den Quellen neu bearbeitet, 11 Bde., Leipzig 1853-1875.

² SIMON DUBNOV: History of the Jews in Russia and Poland. From the Earliest Times until the Present Days, 3 Bde., Philadelphia 1916-1920; siehe auch DERS.: Weltgeschichte des jüdischen Volkes, 10 Bde., Berlin 1925-1929.

³ HEIKO HAUMANN: Geschichte der Ostjuden, 6. Aufl., München 2008.

schichte der Juden in Polen und Russlands innerhalb der Geschichte des jüdischen Volkes“ herauszuarbeiten (ebenda, S. 2).

Dieser Herausforderung stellt sich Antony Polonsky, einer der bedeutendsten gegenwärtigen Kenner der Geschichte der Juden im östlichen Europa, in seinem Lebenswerk. Ziel seiner Trilogie ist es, zu zeigen, dass diese „Bedeutung innerhalb des Weltjudentums durchaus nicht selbst-evident“ (S. 2) war, zumal noch im 19. Jh. das deutsche Judentum als Vorbild für eine erfolgreiche Modernisierung angesehen worden sei. Eine immer wieder durchschimmernde, aber auch kritisch hinterfragte Leitfrage ist diejenige, wie sich die religiös definierte jüdische Identität zu einer ethnisch verstandenen entwickelt hat. Durch die Trilogie will er letztlich einen Beitrag dazu leisten, dass über die Geschichte und (kulturellen) Errungenschaften der Juden Ostmitteleuropas informiert werde und sie wertgeschätzt würden. Insgesamt ist sich der Vf. jedoch der Gefahr bewusst, die Geschichte der Juden „rückwärts zu lesen“ (S. 2) – nicht nur in Bezug auf die Shoah, sondern auch schon in Bezug auf die Entwicklung des jüdischen Lebens in Polen und Russland zu eigenständigen Gemeinschaften seit dem 19. und frühen 20. Jh. Dies sieht er als Problem, wodurch der Blick auf frühere Jahrhunderte verstellt werden kann, obwohl noch in der Mitte des 18. Jh. ein starkes Gemeinschaftsgefühl in Polen-Litauen vorherrschte. Seine Synthese fokussiert sich auf die Geschichte der Juden in Polen und Russland, d.h. überwiegend auf die Gebiete, die zur ehemaligen Rzeczpospolita gehörten. Dies waren die Gebiete, in denen sich die Geschichte der Juden im östlichen Europa schwerpunktmäßig entwickelte. Da erst nach den Teilungen Polens eine größere Zahl von Juden in den russländischen Herrschaftsbereich gelangte, setzt P.s Darstellung der Geschichte der Juden in Russland erst in dieser Epoche ein.

Der erste Band der Trilogie behandelt in einem ersten Teil zunächst die Geschichte der Juden im vormodernen Polen-Litauen, dann die Versuche seit der Mitte des 18. Jh., die Juden zu Bürgern der Adelsrepublik zu machen und sie zu integrieren, sowie die jüdischen Reaktionen auf diese politischen Ziele. Zunächst habe die Situation für die Juden einen paradoxen Charakter gehabt, da sie einerseits eine verachtete religiöse Minderheit gewesen seien und andererseits ihr Status gesetzlichen Regelungen unterlegen habe, zumal ihre wirtschaftliche Bedeutung in der Phase des Niedergangs der Adelsrepublik hoch war. Somit kommt der Vf. zum Schluss, dass das jüdische Selbstbewusstsein mit den Institutionen der kommunalen Autonomie in enger Verbindung gestanden habe, dass daher die Transformation der jüdischen Gesellschaft dort am erfolgreichsten gewesen sei, wo die althergebrachten Strukturen nicht abgeschafft wurden. Der zweite und weitaus umfangreichere Teil behandelt daher nicht nur die letzten, durch Reformbemühungen geprägten Jahre der Adelsrepublik, sondern auch die Entwicklung in den Teilgebieten Polens, wobei der Schwerpunkt auf Kongresspolen, das Zarenreich und die Herrschaft der Zaren Nikolaus I. und Alexander II. gelegt wird. Der Vf. beginnt mit einer Definition der Leitbegriffe dieser Epoche (Integration, Emanzipation, Akkulturation, Assimilation und bürgerliche Verbesserung), die auch den roten Faden seiner Darstellung vorgeben. Als problematisch für das Reformzeitalter stellt P. heraus, dass die Lage der Juden nicht reguliert wurde. Die Situation der Juden in den Teilungsgebieten behandelt der Vf. jeweils für sich. Insgesamt sei die Fähigkeit der Eliten überschätzt worden, eine Integration in die polnische Gesellschaft gerade angesichts des dort vorherrschenden Überlegenheitsgefühls gegenüber den Juden zu erreichen. Da es in den direkt in das Russländische Reich integrierten Gebieten zunächst keine weitreichende Judengesetzgebung gab, würde diese Periode daher häufig als goldenes Zeitalter gewertet, in dem die Juden ihre Angelegenheiten selbst hätten regeln können, obwohl zugleich die Grundlagen der antijüdischen Politik der Zaren gelegt worden seien.

Die Politik der Zaren Nikolaus I. und Alexander II. untersucht P. anschließend im Detail. Der Regierung des Ersteren bescheinigt er eine desaströse Judenpolitik, die weder die Juden zu „nützlichen Bürgern“ gemacht habe, noch es geschafft habe, die traditionellen Führungskräfte zu ersetzen, was letztlich zu einer sozialen Stratifikation und Spaltung der Juden geführt habe. Für die unter russischer Herrschaft befindlichen Gebiete diagnostiziert

P. insbesondere in den letzten Regierungsjahren Alexanders eine hoch ambivalente Lage der Juden, weil einerseits bürgerliche Rechte durch Reformen ausgeweitet wurden und die Russifizierung und Säkularisierung vorangeschritten sei. Die soziale Lage habe sich dagegen durch die Reformen im Ansiedlungsrayon massiv verschlechtert, wodurch die Skepsis der Regierung und der Bildungseliten gegenüber der Verpflichtung der jüdischen Eliten zur Integration ebenso gewachsen sei wie der Antijudaismus der konservativen Kreise. Insgesamt seien auch die jüdischen Eliten desillusioniert gewesen, zumal der „Samen der ‚neuen jüdischen Politik‘“ (S. 439), in der Ethnizität die Religion als Unterscheidungsmerkmal ersetzt habe, in den letzten Regierungsjahren Alexanders II. angewachsen sei, was zu einer neuen Periode in der Geschichte der Juden auf dem ehemaligen Territorium der polnisch-litauischen Adelsrepublik geführt habe.

Hier setzt der zweite Band an. Er nimmt seinen Ausgangspunkt in den Pogromen im Russländischen Reich, die nach dem tödlichen Anschlag auf Zar Alexander II. 1881 ausbrachen, wodurch die allgemeine Lage der Juden sich rasch verschlechterte. P. sieht weniger die Pogrome als solche, sondern die wachsende Desillusionierung der Regierung über die Effektivität der Politik gegenüber den Juden – nämlich das Ziel, aus ihnen nützliche Bürger des Reiches zu machen – als Hauptgrund für diesen Wandel. Zugleich seien das politische Ziel, die Integration und die Transformation der jüdischen Gemeinschaft schrittweise innerhalb der Juden in Misskredit geraten. Nun sei weniger Religion als Ethnizität das Kennzeichen für die jüdische Identität geworden, während zugleich auch der Sozialismus mit seinem Versprechen einer neuen Welt, in der alle gleich seien, auch die ‚Lösung‘ der ‚jüdischen Frage‘ avisierte. Diese Entwicklung habe nicht nur auf Russischpolen, sondern auch auf das Teilungsgebiet in Preußen und auf Galizien ausgestrahlt, obwohl dort die integrationistische Politik erfolgreicher und weiter vorangeschritten gewesen sei als im Russländischen Reich.

Nach diesen eher politischen Analysen diskutiert P. die Entwicklung der jüdischen Lebenswelten zwischen 1750 und 1914. So widmet er der Urbanisierung ebenso ein Kapitel wie der Entwicklung der modernen hebräischen und vor allem jiddischen Literatur, den Veränderungen im religiösen Leben, aber auch der Verbesserung der Lage der Jüdinnen und dem Aufkommen einer jüdischen Massenkultur durch Presse, Literatur und Theater. Insgesamt kommt der Vf. zu dem Schluss, dass das ‚lange‘ 19. Jh. auch eine wesentliche Transformation der traditionellen jüdischen Kultur und jüdischen Lebenswelten in den Gebieten des ehemaligen Polen-Litauen mit sich brachte, wodurch sich unterschiedliche religiöse und nichtreligiöse politische Richtungen und ideologische Spaltungen entwickelt hätten. Die Hauptursache für den „zänkischen“ („fractious“, S. 405) Charakter des jüdischen Lebens sei letztlich die zunehmend ausweglose Lage der Juden gewesen. Einzig im preußischen Teilungsgebiet seien die Juden zu Bürgern geworden, während die allgemeine politische Lage, die langsame Entwicklung von konstitutionellen Normen, die Schwäche der Mittelklasse, die Größe und der Konservatismus der Juden und die Ressentiments von Bevölkerung und Regierung sowohl in Russischpolen als auch in Galizien die Entwicklung von bürgerlichen Rechten behinderten, so dass es außerhalb einer nur dünnen polonisierten bzw. einer russifizierten jüdischen Elite kaum soziale Integration gegeben habe. Dies habe dazu geführt, dass sich die unterschiedlichen jüdischen Richtungen ‚Verbündete‘ im breiteren politischen und sozialen Spektrum suchten und so die Ansprüche der althergebrachten jüdischen Eliten auf ein Machtmonopol zurückwiesen. Hierbei sei eine neue jüdische Politik entstanden, wie der Vf. einleitend im dritten Band ausführt, die nun Volkstum als Etikett einer modernen jüdischen Identität mehr betont habe als die Religion.

Der dritte, umfangreichste und abschließende Band behandelt die Geschichte der Juden im östlichen Europa im „Zeitalter der Extreme“ und darüber hinaus im Epilog die Entwicklung bis in die Gegenwart. In allen Kapiteln steht neben den politisch-sozialen Bedingungen vor allem die kulturelle bzw. literarische Entwicklung jüdischen Lebens im Mittelpunkt, wodurch in umfassender Weise ihre Lebensbedingungen und möglichen Auswege bzw. Antworten auf diese gezeigt werden. In der Gliederung folgt P. den grundlegenden

Zäsuren, wobei er mit dem Jahr 1944 die sowjetische Hegemonie als solche sieht, nicht aber das Kriegsende. Zunächst diskutiert er im ersten Hauptkapitel die verheerenden Folgen des Ersten Weltkriegs, in dem die Hauptwohngebiete der Juden in Ostmitteleuropa zerstört wurden, und seiner Folgen in der Zwischenkriegszeit in Ostmitteleuropa, auch vor der Folie der sich etablierenden totalitären Systeme. In der Zwischenkriegszeit hätten sich in Polen wesentliche Veränderungen in den modernen Synagogen vornehmlich in Warschau, Lemberg und Krakau vollzogen, denn neue Formen des Glaubens und der Gelehrsamkeit seien entwickelt worden, wohl weil das jüdische Leben im Weltkrieg keinem radikalen Schnitt unterlegen habe und weil die Chassidim wie die Nachfolger der orthodoxen Mitnagdim den Säkularisierungstrend gestoppt und neue Formen des Glaubens entwickelt hätten. Hierdurch sei der Weg für neue orthodoxe Glaubensformen in den USA und Israel geebnet worden. Abschließend zeigt P. die Konsequenzen des „sowjetischen Experiments“ (S. 2) für sie auf. Hier wird deutlich, dass die Juden in den Säuberungswellen überproportional litten und dass sie danach sehr verletzbar gewesen seien. Denn je mehr das Sowjetsystem Russen zu bevorzugen begann, wurden antisemitische Vorbehalte nicht nur gegen die jüdischen Kader, sondern auch gegen die Juden insgesamt geäußert.

Das zweite Kapitel ist dem „Krieg und dem Genozid“ (in der Einleitung spricht P. von „genocidal policies“, S. 2, und nicht von „Shoah“ oder „Holocaust“, wodurch er diesen einen noch umfassenderen und stärker wertenden Rahmen gibt) in den Jahren 1939-1944 gewidmet. Hier thematisiert P. eben nicht nur ausführlich die Politik, die zur „Endlösung“ führte, und den Holocaust, sondern die Haltungen der Sowjetunion gegenüber diesem (hier spricht er von „Holocaust“) und nicht zuletzt die „Jewish responses to Nazi persecution“, wie ein Unterkapitel betitelt ist. In diesem werden einerseits Versuche, die Lebensumstände der jüdischen Bevölkerung durch Tätigkeit in den Judenräten und im jüdischen Widerstand zu mildern, sowie andererseits zeitgenössische literarische Antworten auf den Genozid thematisiert, die der Vf. als Form des Widerstands einordnet. Er kommt zu dem Schluss, dass die wachsende Kluft zwischen Juden und ihren nichtjüdischen Nachbarn zahlreiche Ursachen habe und nicht zuletzt auf die Politik vor 1939 zurückzuführen sei, dass aber zugleich das Stereotyp vom prosowjetischen und revolutionären Juden verstärkt worden sei und Polen auch von der Enteignung der Juden profitiert hätten. Diese Kluft habe es den Nazis leichter gemacht, den Genozid auszuführen. Aufgrund dieser Umstände gewinne das Heldentum derjenigen noch mehr an Bedeutung, die zu helfen versuchten (S. 474).

Der Sieg der Sowjetunion über das „Dritte Reich“ habe dann insofern Konsequenzen für die Juden in Stalins Einflussbereich gehabt, als die ständige Betonung der Hauptrolle des russischen Volkes in diesem Kampf und die im Krieg ständig wachsende jüdische Identität die Juden in der Sowjetunion noch mehr marginalisiert habe, was sich auch in ihrer veränderten Situation nach 1945 zeigte. Dies ist der Ansatz des dritten Hauptkapitels über das Schicksal der in Polen und der Sowjetunion noch verbliebenen jüdischen Gemeinschaft während der sowjetischen Hegemonie und bei deren Zusammenbruch in Ostmitteleuropa. Auch wenn die antisemitischen Motive nach Stalins Tod in den Hintergrund getreten seien, habe es kein Zurück zu der blühenden jüdischen Kultur der 1920er und frühen 1930er Jahre gegeben. Nun sei der „Antizionismus“ zu einem Grundmotiv der Sowjetideologie geworden, was sich insbesondere in der Phase des Sechstagekriegs 1967 bemerkbar gemacht und so auch zur Emigrationskampagne Ende der 1970er Jahre geführt habe. In Polen habe vor der Folie der antisemitischen Paranoia Stalins und den daraus resultierenden Imperativen des Sowjetsystems noch nach dem Krieg Angst geherrscht; Hoffnungen auf eine bessere Zukunft, die wohl angesichts der sowjetischen Hegemonie naiv gewesen seien, wurden zunichte gemacht. Dies sei letztlich ein „posthumer Sieg für Hitler und die Nazis“ (S. 653) gewesen. Für die Zukunft habe sich als problematisch erwiesen, dass das zunehmend unpopulärer werdende Regime zum Garanten der Sicherheit der jüdischen Minderheit geworden sei, während es bei den Ereignissen vom März 1968 mit antisemitischer Rhetorik versucht habe, sich die weitere Unterstützung der Bevölke-

rung zu sichern. Zugleich habe die „antizionistische“ Propaganda in Polen das jüdische Engagement für den Kommunismus beendet; in der Sowjetunion seien die Juden zunehmend dem Staat entfremdet worden.

Im abschließenden Abschnitt zeigt P., dass die Juden in den letzten zwei Dekaden der Sowjetunion gar nicht inaktiv gewesen seien, wie immer angenommen, auch wenn ihre Stimmen nicht so laut erklangen, zumal die Emigration und das Engagement in der Dissidentenbewegung zugenommen haben. Überraschenderweise sei in Polen auch eine bedeutende Gruppe jüdischer Schriftsteller entstanden, die begannen, die jüdische Vergangenheit neu zu bewerten. Diese Entwicklungen setzten sich nach dem Kollaps des Sowjetsystems fort.

Der Epilog behandelt die Situation der Juden in Ostmitteleuropa in der Transformationsphase bis Ende 2008. Hier steht weniger die letzte große Emigrationswelle im Mittelpunkt, sondern vielmehr die Versuche der Juden, unter den neuen Bedingungen jüdisches Leben wieder aufzubauen. Abschließend kommt der Vf. zu dem Fazit, dass der Niedergang des Judentums im östlichen Europa im 20. Jh. einerseits auf den lokalen integralen Nationalismus, auf den verheerenden Einfluss der nationalsozialistischen Genozidpolitik und die länger andauernden destruktiven Effekte der kommunistischen Herrschaft zurückzuführen seien. Dennoch habe es entgegengesetzte Prozesse gegeben, etwa in Gestalt von bedeutenden jüdischen, zweisprachig publizierenden Schriftstellern. Die polnisch-jüdische bzw. russisch-jüdische Symbiose sei zwar angesichts der misslungenen jüdischen Integration begrenzt gewesen, ihre reiche Kultur bleibe jedoch eine Quelle für Anregungen und Bewunderungen für Juden und Nichtjuden.

Neben zahlreichen Karten, Statistiken, Glossaren zu hebräischen und jiddischen Begriffen und umfangreichen Bibliografien sei auf die die Kapitel immer einleitenden Zitate von jüdischen und nichtjüdischen Zeitgenossen hingewiesen, die als Leitfaden des jeweiligen Kapitels dessen zu erörternde grundlegende Probleme pointiert darstellen. Zugleich werden die einzelnen Kapitel prägnant zusammengefasst und meist in eingeschobenen Kapiteln (Bd. 1 und 2) bzw. in die Hauptkapitel einleitenden Abschnitten (Bd. 3) die außerjüdischen, d.h. in der Regel grundlegenden historischen Entwicklungen und Ereignisse vorgestellt, um eine entsprechende historische Einordnung und Bewertung zu ermöglichen. Dass eine derartige Synthese, auch wenn sie mit insgesamt rund 2100 S. sehr umfangreich ist, teilweise skizzenhafte Verkürzungen, insbesondere bei Kontextualisierungen, und daraus teilweise begriffliche Ungenauigkeiten und einige diskussionswürdige Einschätzungen mit sich bringt, sei hier nur angemerkt, aber nicht grundlegend kritisiert, zumal sie dem Wert der Trilogie nicht abträglich sind. Ein solches Überblickswerk, das die *longue durée* ebenso charakterisiert wie neue, das Leben verändernde Entwicklungen, erhält seine Bedeutung in dem Maße, wie es dem Vf. gelingt, diese Entwicklungen zu fokussieren, zu problematisieren, zu pointieren und anregend, aber auch für Nichtfachleute verständlich darzustellen – P. ist dies in sehr ansprechender Weise gelungen, so dass dieses insgesamt großartige *opus magnum* zu einem bisher fehlenden, notwendigen umfassenden Handbuch und Standardwerk zur jüdischen Geschichte Ostmitteleuropas geworden ist und damit zum Verständnis der Geschichte multiethnischer Gesellschaften und ihres kulturellen Erbes in Ostmitteleuropa insgesamt beitragen wird.

Marburg

Heidi Hein-Kircher

Renata Budziak: Deutsch als Fremdsprache in Polen. Sprachlehrbücher aus dem 16. bis 18. Jahrhundert. (Fremdsprachen in Geschichte und Gegenwart, Bd. 9.) Harrassowitz. Wiesbaden 2010. IX, 189 S., 12 Ill. ISBN 978-3-447-06439-2. (€ 38,-)

Mit der geschichtswissenschaftlichen Thematisierung von Sprachenvermittlung ist ein guter und fruchtbarer Weg beschritten, um breitenwirksam und langfristig die Übermittlung von Sprachpraxis als grundlegende kulturelle und Kultur transferierende Praxis aufzuzeigen. Diesem Unterfangen stellt sich die Autorin der vorliegenden Untersuchung am

Beispiel von im frühneuzeitlichen Polen-Litauen erschienenen didaktischen Materialien zur deutschen Sprache. Grundlage sind eine Auswahl größtenteils im polnischen Teil Polen-Litauens (Krakau, Posen, Thorn, Warschau) und darüber hinaus (Breslau, Königsberg, Lemberg) erschienener Grammatiken und Gesprächsbücher sowie weitere Quellen zur Konzeption und Praxis frühneuzeitlicher Sprachvermittlung und einschlägige deutsch- und polnischsprachige Fachliteratur, die punktuell auch breitere ostmitteleuropäische Perspektiven berücksichtigt.

In Kapitel I führt die Autorin in Schlaglichtern in die Bewegungen deutschsprachiger Siedler in die Gebiete des heutigen Polen seit dem 9. Jh. ein und argumentiert ihre Themenwahl und Gliederung. Kapitel II ist den Funktionsbereichen der deutschen Sprache in Polen (Hof, Handwerk, Verwaltung und Zünfte, Bildungsreisen) gewidmet, wobei in einem Exkurs – tatsächlich eher einer Fallstudie – auf eine spezielle Bildungsreise eingegangen wird. Kapitel III thematisiert zeitgenössische Ansichten über Sprachvermittlung, die in drei den Jahrhunderten entsprechenden Abschnitten abgearbeitet werden. Die im weiteren Zusammenhang prominentesten Autoren sind dabei wohl Jan Zamoyski, Jan Amos Komenský (Comenius) und Jakub Sobieski. Kapitel IV thematisiert historischen Deutschunterricht auch vor dem Hintergrund des Lateinunterrichts.

Die umfangreicheren Kapitel V und VI (S. 55-176) bilden den Kern der Arbeit. Kapitel V widmet sich einer repräsentativen Auswahl von Grammatiken der deutschen Sprache anhand kategorisch erfasster, im Wesentlichen Aelius Donatus und Philipp Melanchthon folgender Texte aus dem 16./17. Jh., eines Beispiels aus dem 17. Jh. (Jeremias Roter) und von fünf Beispielen aus dem 18. Jh. (Johann Nagell, Johann Christoph Gottsched, Joachim Markwart, Franciszek Ksawery Keller, Kajetan Kamiński). Kapitel VI thematisiert Gesprächsbücher anhand zweier Beispiele (*Polskie książeczki wielmi potrzebne*, Nicolaus Volckmar) des 16. und frühen 17. Jh. Systematisch wird in beiden Kapiteln in die jeweilige Textgattung eingeführt; im Weiteren werden die Vermittlung von Phonetik/Phonologie und Morphologie (Nomen, Verb) – im Fall der Gesprächsbücher auch der Syntax – analysiert, Sprachmaterial charakterisiert und gegebenenfalls Wörterbuch-Elemente ausgewiesen. Zu den Grammatiken werden darüber hinaus die Vermittlung von alltäglichen Gesprächssituationen, methodische Aspekte des Sprachunterrichts und Rezeption herausgearbeitet. Kapitel VII (S. 177 f.) fasst die Ergebnisse äußerst konzise zusammen.

Die Arbeit ist im Überlappungsbereich zwischen historischer und philologischer Herangehensweise entstanden, genügt also ganz unpräzise interdisziplinären Ansprüchen. In diesem Sinne ist auch die stringente, in methodisch-theoretischer Hinsicht von modischen Strömungen unbeeindruckte Arbeitsweise positiv hervorzuheben. Abbildungen von Titelblättern und systematisch-tabellarischem Material (S. 102 f.) veranschaulichen frühneuzeitlichen Sprachgebrauch und die Praxen seiner Vermittlung auch bildlich.

Nicht durchgehend stringent sind hingegen verwendete Terminologie und Gliederung. So marginalisiert der im Titel exponierte Begriff „Fremdsprache“ Sprachkenntnisse, die graduell zu differenzieren wären, etwa situative Mehrsprachigkeit. Darüber hinaus bleibt beispielsweise die inhaltliche Abgrenzung von Handwerk und Zünften in Kapitel II zueinander unklar; auch die Überschrift „Verwaltung“ (S. 11) suggeriert moderne administrative Verhältnisse, erweist sich aber als Behandlung städtischer Selbstverwaltung. Zu den Kapiteln V und VI ist nochmals zu betonen, dass die vertiefend untersuchten Grammatiken hauptsächlich aus der zweiten Hälfte des 18. Jh., die Gesprächsbücher hingegen aus dem 16. und sehr frühen 17. Jh. stammen. Eine stärkere chronologische Differenzierung in den Überschriften, vielleicht auch eine Umstellung der beiden Kapitel im Sinn chronologischer Stringenz und besserer Verständlichkeit wäre daher zu überlegen gewesen. In methodologischer Hinsicht hätte eine Einbettung in die umfassend erschlossenen Themennester Kommunikation und Kulturtransfer der Arbeit zu noch stärker übergeordneter Bedeutung verholfen. Auch der Kontext der ethno-religiös überaus heterogenen und nicht nur deutsch-polnischen bipolaren Verhältnisse in der polnisch-litauischen Republik hätte ein-

leitend noch deutlicher gemacht werden können, zumal in der Arbeit implizite Bezüge zu Latein und Italienisch deutlich werden.

Jedenfalls liegt ein solides Stück Grundlagenarbeit vor. Räumlich, zeitlich und funktional anschließende Arbeiten zum Themenfeld der frühneuzeitlichen Vielsprachigkeit und praktischen Kommunikation in Ostmitteleuropa sind damit gut angeregt und vorbehaltlich der hier gemachten Vorschläge auch angeleitet.

Wien

Christoph Augustynowicz

Dirk H. Müller: Adliges Eigentumsrecht und Landesverfassung. Die Auseinandersetzungen um die eigentumsrechtlichen Privilegien des Adels im 18. und 19. Jahrhundert am Beispiel Brandenburgs und Pommerns. (Elitenwandel in der Moderne, Bd. 11.) Akad.-Verl. Berlin 2011. 301 S., graph. Darst. ISBN 978-3-05-004976-2. (€ 49,80.)

Die Umwandlung adeliger Lehnsgüter und Familien-Fideikommisse in individuelles Eigentum begann in den östlichen Provinzen Preußens mit der Aufhebung des „Nexum Feudalem“ durch König Friedrich Wilhelm I. im Jahr 1717 und endete erst nach 150 Jahren. Am Beispiel Brandenburgs und Pommerns untersucht Dirk H. Müller über den gesamten Zeitraum den Prozess des Besitzwechsels, die unterschiedlichen Strategien des Adels zur Besitzstandswahrung und den Wandel der politischen Mitsprache der Adeligen. Inhalt der Untersuchung sind daher nicht alleine die rechtlichen Folgen der Umwandlung, sondern auch das Aushandeln politischer Handlungsspielräume zwischen Adel und König. Die Quellengrundlage bilden zum großen Teil Sitzungsprotokolle und stenografische Berichte der verschiedenen Repräsentationsorgane sowie juristische Schriften zu den provinziellen Eigentumsrechten des Adels.

Der Vf. hebt die existenzielle Bedeutung der Lehnsgüter und Familien-Fideikommisse für den Adel hervor. Dessen Existenzgrundlage geriet ins Wanken, als im ausgehenden 18. Jh. das Allgemeine Landrecht für die Preußischen Staaten nur noch Majorat, Minorat und Primogenitur als mögliche Formen der Erbfolge gelten ließ. Dies sollte sich insbesondere für Adelsfamilien mit zahlreichen Nachkommen als problematisch erweisen. Ferner war der Kauf umgewandelter Güter durch Bürgerliche möglich. In Brandenburg und Pommern lehnte der Adel die Neuerungen ab und versuchte, sein Eigentumsrecht und die alte Sukzessionsordnung über die allgemeine Reformbewegung hinaus bis ins 19. Jh. hinein zu retten. Zeitgenössische Juristen bezeichneten das unflexible Eigentums- und Erbfolgerecht in Brandenburg und Pommern hingegen als „Ruine der Vorzeit“ (S. 14).

Im Mittelpunkt der vorliegenden Studie stehen die Strategien der Adeligen zur Besitzstandswahrung. Besonders effizient agierten die Kreisritterschaften, indem sie ihren Deputierten verboten, ohne vorherige Rücksprache mit den Adeligen des jeweiligen Kreises Beschlüsse zu fassen. Einige brandenburgische Ritterschaften untersagten ihren Deputierten grundsätzlich, für eine Revision des Eigentums- und Erbfolgerechts zu stimmen. In Pommern ergab sich bereits aus der Besonderheit des Lehnsrechts eine effektive Strategie zur Besitzstandswahrung: Aufgrund der zeitweiligen Zugehörigkeit Vorpommerns zu Schweden hatten sich unterschiedliche Lehnsrechte ausgebildet, die von Juristen als „jus mixta“ bezeichnet wurden und die oftmals im Widerspruch zueinander standen (S. 108). Sie ermöglichten beispielsweise trotz Verkaufs den langfristigen Verbleib des Eigentums bei einer Adelsfamilie: Das Land wurde nur auf bestimmte Zeit veräußert und konnte von den Agnaten der Familie durch Vorkaufsrecht zurückerworben werden. Aus diesem Grund wollten auch die pommerschen Adeligen die Revision des bestehenden Eigentumsrechts verhindern.

Die negativen Begleiterscheinungen des Vorkaufsrechts, wie z.B. mangelnde Flexibilität und ein erhöhtes wirtschaftliches Risiko für die neuen Grundbesitzer, ließen im beginnenden 19. Jh. die Front der konservativen Adeligen bröckeln: Eine Gruppe fortschrittlicher Adeliger plädierte für die Aufhebung der Lehnsgüter und Familien-Fideikommisse.

Der entscheidende Schritt geschah allerdings erst mit der von König Friedrich Wilhelm IV. im Dezember 1848 oktroyierten Verfassungsurkunde: Sie tastete zwar die bestehende Eigentumsbindung des Adels nicht an, untersagte aber die Einrichtung neuer Lehen und Familien-Fideikomisse. Zudem sanktionierte sie die Umwandlung der bestehenden Lehngüter und Familien-Fideikomisse. Die revidierte Verfassungsurkunde vom Januar 1850 bestätigte diese Änderungen. Sie führten zu einer Umstrukturierung des Preußischen Landtags, denn durch den Rückgang des adeligen Familienbesitzes verringerte sich die Zahl der adeligen Deputierten im Preußischen Herrenhaus deutlich.

Der Vf. hat sich zum Ziel gesetzt, die rechtlichen und politischen Folgen der Umwandlung der Lehngüter und Familien-Fideikomisse in Brandenburg und Pommern zu untersuchen. Tatsächlich ist seine Studie viel weiterführender. Die vorliegende Arbeit belegt zum einen den Einfluss ausländischer Mächte auf die Entwicklung der verschiedenen Eigentumsrechte im preußischen Staat. Sie liefert zum anderen wertvolle Erkenntnisse zur Frage der Modernisierung in den agrarisch geprägten Provinzen Preußens sowie zum Wandel der Existenzgrundlage und politischen Partizipation des Adels. Die mehr als hundert Jahre andauernde Debatte über die Revision der Eigentumsordnung zeigt, wie lange die Adeligen in den preußischen Provinzen an der Institution der Korporationen, etwa den Kreisritterschaften, festhielten und keine individuellen Entscheidungen durch die Deputierten duldeten. Dass dieses Buch in der Reihe *Elitenwandel in der Moderne* erschienen ist, mag angesichts der präsentierten Ergebnisse nicht verwundern: Der Adel des 19. Jh. sah sich mit grundsätzlich anderen Problemen konfrontiert als noch im ersten Jahrzehnt des 18. Jh. und verabschiedete sich angesichts immer stärker werdender Modernisierungstendenzen in Recht und Wirtschaft sowie einer konsequenten Einzelgesetzgebung durch den preußischen König vom Gedanken der Korporation. Der Wandel vom Lehngut zum freikäuflichen Eigentum führte daher nicht nur zu fundamentalen Veränderungen des Eigentumsrechts und der adeligen Existenzgrundlage, sondern auch zur Neuausrichtung der Handlungsspielräume zwischen Adel und König. Eine weitere Folge waren Abgrenzungsbemühungen der Adeligen gegenüber dem Bürgertum. Ungeklärt bleibt die Frage, ob sich der Wille und die Strategien des pommerschen und brandenburgischen Adels zur Besitzstandswahrung an Vorbilder in anderen preußischen Provinzen anlehnten. Die vorliegende Studie könnte und sollte wertvolle Anregungen geben für räumlich weiter nach Westen und Osten ausgreifende Untersuchungen.

Kiel

Martina Thomsen

Isabel Röskau-Rydel: Niemiecko-austriackie rodziny urzędnicze w Galicji 1772-1918. Kariery zawodowe, środowisko, akulturacja i asymilacja. [Deutsche und österreichische Beamtenfamilien in Galizien, 1772-1918. Berufskarrieren, Milieu, Akkulturation und Assimilation.] (Prace Monograficzne, Bd. 588.) Wydawn. Nauk. Univ. Pedagogicznego. Kraków 2011. 440 S., Ill. ISBN 978-83-7271-665-1.

Dieses sorgfältig herausgegebene Buch basiert auf einer deutschsprachigen Habilitationsschrift, die an der Pädagogischen Universität in Krakau eingereicht wurde. Sie wurde 2011 mit dem Hauptpreis der Polnischen Historischen Gesellschaft ausgezeichnet. Am Beispiel ausgewählter galizischer Beamten und deren Familien möchte Isabel Röskau-Rydel Verläufe von Berufskarrieren wie auch Bildung und Veränderung eines Milieus veranschaulichen, in dem das Leben der Beamten eingebettet war (S. 11). Besonderes Interesse soll den in diesem Rahmen stattfindenden Prozessen der Akkulturation und Assimilation zur polnischen und – seltener – zur ruthenischen (ukrainischen) Gesellschaft gelten.

Die Prozesse sind des Öfteren so erfolgreich verlaufen, dass sich manche Nachkommen der besprochenen Familien fest in die populäre „polnische“ Geschichte Galiziens eingeschrieben haben: Józef Dietl (1804-1878) war der erste Krakauer Stadtpräsident zur Zeit der Autonomie, der sich für die Polonisierung des öffentlichen Raumes engagierte. Ohne den Maler Józef Mehoffer (1869-1946) wäre der Krakauer Jugendstil undenkbar gewesen,

und Wincenty Poll (1807-1872) gehörte zu den bedeutendsten Dichtern seiner Zeit. Die Zolls wiederum bilden bis heute einen Clan polnischer Star-Juristen.

Die Hauptleistung der Autorin besteht in der aufwändigen Rekonstruktion von familiären Netzwerken und komplexen Akkulturations- und Assimilationsleistungen auf archivarischer Basis. Die Entwicklungen werden am Beispiel von zehn nach Galizien entsandten Beamten veranschaulicht (Baum, Seeling, Zoll, Dietl, Mehoffer, Ostermann, Reitzenheim, Poll, Strasser und Wachholz). Sie wurden aus einer relativ kleinen Personengruppe ausgewählt: Der galizische „Beamtenstand“ zählte in den 1880er Jahren ca. 3000 Personen. Die Untersuchung beschränkt sich weitgehend auf die Beamten, die in der Verwaltung, den Kirchen und im Bildungssystem tätig waren. Außerdem untersucht die Vf. gesondert die Rolle des Militärdienstes für den Akkulturationsprozess. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt auf dem 19. Jh.

Die Quellenlage beeinflusste die Auswahl der Personen, denn Kontinuität und Geschlossenheit der Überlieferungen war für die Schilderung des Identitätswandels von grundsätzlicher Bedeutung. Außer allgemein zugänglichen gedruckten Quellen (u.a. Schematismen und Presse) erbrachten Archivaufenthalte in Polen, Österreich, der Ukraine und Frankreich reiche Funde. Zusätzlich konnten etliche private Nachlässe der Protagonisten und ihrer polnischen Zeitgenossen gefunden und ausgewertet werden. Die Untersuchung ist empirisch und faktografisch ausgerichtet, einleitend wird in die Theoriebildung zur Akkulturation (inzwischen kann man zwischen rund 170 möglichen Ansätzen wählen, S. 25) eingeführt.

Die Vf. nimmt sich einer Personengruppe an, die bis jetzt wissenschaftlich kaum untersucht worden ist. Paradoxerweise nimmt diese Gruppe jedoch einen festen Platz in der galizischen (kleinpolnischen) Erinnerungskultur an: Die Existenz und das Wirken der zugezogenen „Kolonisatoren“ bilden einen Bestandteil des mythologisierten multiethnischen Galiziens. Zu den Charakteristika, die den deutsch-österreichischen Beamten zugeschrieben wurden, gehörten ihre geringe Professionalität, zweifelhafte Moral, Aufstiegsgerier und Germanisierungsabsichten. Nichtsdestotrotz seien sie schnell zur polnischen Kultur assimiliert worden („automatyczna polonizacja“ wurde dabei auch als Veredelungsprozess und gesellschaftlicher Aufstieg verstanden). Die Vf. zitiert eine Aussage von Władysław Łoziński aus dem Jahre 1872: „Das Galizertum (galicyjskość) sollte einen sanften Übergang vom Polentum zum Deutschtum ermöglichen. Für drei Generationen dieses Landes galten drei Stufen: Polen – Galizier – Deutsche. Das Galizertum wurde jedoch ein Übergangsstadium, aber mit der umgekehrten Bedeutung. Es zeigte sich, dass aus den Deutschen Galizier und aus den Galiziern Polen [wurden]“ (S. 154). Für polnische Chronisten haben die polnischen Frauen dabei eine große Rolle gespielt. Unter anderen wurde der polonisierende Einfluss der polnischen Mutter besonders herausgestellt. Schon am Anfang bemerkt die Autorin, dass das negative Bild vom deutschen Beamten dann abgemildert wurde, wenn die galizische Autonomie Verwaltungsposten auch für Polnischsprechende zugänglich machte. Vereinfachend könnte man also behaupten, dass sich im Zerrbild des Beamten die Konkurrenz im Kampf um Posten ausdrückte und sich dort die Frustrationen der Übergangenen (vor allem aus dem Adel und der Intelligenz) niederschlugen.

R.-R. analysiert sowohl die Selbst- als auch die Fremdwahrnehmung der Akteure. Sie unterstreicht, dass sich die Beamten in einem interaktiven Kommunikationsprozess mit den „Einheimischen“ befanden, wobei beide Gruppen voneinander lernten. Große Aufmerksamkeit schenkt sie den Familienbanden und den unterschiedlichen Netzwerken, die sich ihre Protagonisten im Laufe der Zeit aufbauten. Ausgehend von der These, dass die Beamten mehrere Identitäten entwickeln konnten, sucht die Vf. das stereotype Bild der „Germanisierer“ zu entschärfen. Während „die Deutschen“ in die lokale Gesellschaft integriert und in der polnischen Kultur beheimatet waren, fühlten sie sich auch der deutschen Kultur zugehörig. Sie sahen sich gleichzeitig als Repräsentanten der lokalen Gesellschaften neben der Staatsnation und verhielten sich loyal der Monarchie gegenüber. Diese unterschiedlichen Teilidentitäten konnten den Umständen entsprechend stärker oder schwä-

cher ausgebildet sein. Die Vf. analysiert diesen Identitätswandel und arbeitet dabei ein Muster heraus, das die drei nachfolgenden Generationen mit einschließt.

Der Vf. ist die Dekonstruktion des negativen Bildes der deutschen Beamten sehr gut gelungen. Eine große Bedeutung spielt in der Arbeit neben Pragmatismus auch der Zufall, der letzten Endes über die Akkulturationsrichtung mitentschied. R.-R. zeigt die von ihr untersuchten Beamten als dem Neuen offen gegenüberstehende Persönlichkeiten, die sich ihren beruflichen und gesellschaftlichen Erfolg mit großer Mühe und Ausdauer erwarben und sich für das Land, in dem sie wirkten, einsetzten. Dabei gab es Gewinner und Verlierer, und manche Akteure können als Opfer ihres Berufs und der damit verbundenen Mobilität angesehen werden.

Die Arbeit ist sehr gut lesbar, klar strukturiert und verfügt über den notwendigen, wissenschaftlichen Apparat.

Rostock

Hanna Kozińska-Witt

Henryk Marek Słoczyński: Światło w dziejarskiej ciemnicy. Koncepcja dziejów i interpretacja przeszłości Polski Joachima Lelewela. [Das Licht im Verließ des Geschichtsschreibers: Die Konzeption der Geschichte und die Interpretation der Vergangenheit Polens bei Joachim Lelewel.] Historia Jagellonica. Kraków 2010. 610 S. ISBN 978-83-62261-12-3. (€ 23,99.)

Der Krakauer Historiker Marek Henryk Słoczyński setzt sich mit den geschichtsphilosophischen Ideen Joachims Lelewels und ihrer Rezeption auseinander. Das Ziel, die Verbindung zwischen Lelewels Interpretation der Geschichte mit den von ihm vertretenen Ideen zu analysieren, wird im Stil der dichten Beschreibung angegangen, und so bietet S. eine ausführliche Biografie Lelewels. Zu Beginn muss angemerkt werden, dass der Vf. keinesfalls eine hagiografische Publikation verfasste, sondern sich vielmehr mit seinem Protagonisten ausgesprochen kritisch auseinandersetzt und auch auf die Instrumentalisierung Lelewels in der Volksrepublik Polen verweist, die bis jetzt das Bild des Historikers prägt.

Dieser Instrumentalisierung ist das erste Kapitel gewidmet. S. unterstreicht darin, dass Lelewel als anti-westlicher, anti-klerikaler und für die soziale Gleichheit eintretender Historiker sehr wohl in die ideologische Ausrichtung des Marxismus-Leninismus passte und folglich auf der Ersten Methodologischen Konferenz Polnischer Historiker in Otwock 1951/52 als Rollenmodell für künftige Historiker propagiert wurde. Wie S. vermutet, handelte es sich dabei um eine politische Entscheidung, die wohl in den höheren Rängen der Kommunistischen Partei beschlossen worden sei (S. 9). Mit zahlreichen Beispielen aus der Literatur illustriert er dabei Auslassungen unbequemer Fakten sowie ideologische Verzerrungen und erhebt Vorwürfe der Unkenntnis von Lelewels Texten, auch gegenüber prominenten Historikern.

Die Evolution des Denkens Lelewels rekonstruiert der Vf. vor allem anhand der frühen Biografie, die mit seinem späteren Wirken kontrastiert. Der 1786 geborene Lelewel studierte in Wilna (Vilnius) und gelangte dort unter den Einfluss der Göttinger Schule und vor allem von Gottfried Groddeck. Seine frühen Schriften folgen deren Konzeption einer universellen Geschichte, verstanden als Geschichte der Menschheit, in der die nationale Geschichte nur eine untergeordnete Rolle spielt (S. 74-79, 91). Lelewel hatte keine Konzeption einer nationalen Geschichte, statt von Volk spricht er vielmehr von Stamm. Auch lässt er noch keine romantischen Züge erkennen, die sein späteres Wirken prägen sollten. Anders als nach der Emigration lobt er die Monarchie und sieht in proto-demokratischen Systemen und der Einbindung des Volkes in den politischen Prozess Anzeichen für Degeneration. Das betrifft nicht nur seine Schriften, sondern spiegelte sich auch in seiner persönlichen Einstellung wider. Während er bei seiner ersten Lehrtätigkeit in Wilna 1815-1818 eine gewisse Popularität unter den patriotisch gesinnten Studierenden erreicht hatte, wurde er nach seiner Rückkehr aus Warschau, wo er eine Lehrstelle an der Universität

innehatte, zunehmend loyaler gegenüber dem Zarenreich. Der junge Lelewel lobt Alexander I. in seinen privaten Briefen, droht 1822, dass er fortan nur in Russisch publizieren wird, und hält sich zunächst von der Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften in Wilna fern. Von 1822 an übt der spätere Kritiker Russlands das Amt des Zensors aus und kommt u.a. in Konflikt mit Adam Mickiewiczs *Totenfeier* (S. 139). S. sieht die spätere Abneigung Lelewels Russland gegenüber erst nach der Entfernung von seinem Lehrstuhl in Wilna wachsen; die Entlassung hält S. für das Ergebnis inneruniversitärer Konflikte. Noch 1825 bat Lelewel den Kurator der Moskauer Universität Nikolai Rumjancev um Fürsprache, 1827 wurde er Mitglied der Moskauer Gesellschaft der russischen Geschichte und Altertümer (S. 149), und er traf sich auch mit lokalen Notablen, was nicht gerade auf tiefere Probleme politischer Natur hindeutet.

Sodann setzt sich der Vf. äußerst detailliert mit der Historiografie Lelewels auseinander und zeichnet die Entwicklung seiner grundsätzlichen Konzeptionen wie des *gminowladztwo* (der urslawischen Landgemeinde), Nation, Fortschritt etc. nach. Die nunmehr deutlich patriotisch-nationalistische Geschichtsphilosophie Lelewels zeichnet sich durch eine Unterordnung des Geschichtsnarrativs unter die Idee der Wiederherstellung der urslawischen Ordnung aus, die Lelewel mit zahlreichen Auslassungen des Quellenmaterials idealisiert. Philosophisch bedient sich der nunmehr emigrierte Historiker der einfachen Bilder von Gut und Böse, wenn er z.B. die Degradation der slawischen Gemeinde unter dem Einfluss von westlichen Ideen, darunter auch der katholischen Kirche, beschreibt. Auch seine Beschreibung des Urvolkes der Geto-Daken (als Protoplasten der Slawen) folgt der Idee von „guten Barbaren und deprivierender Zivilisation“ (S. 323). Darin sieht der Autor auch ein Zeichen dafür, dass Lelewels Ideen religiös geprägt seien und er vorhistorische Zeiten als eine Form der Offenbarung ansehe, in der die Urvölker die ideellen moralischen Regeln kannten und anwendeten. Erst unter dem Einfluss der Zivilisation hätten sie sich von dieser Ordnung abgewandt. Dem entsprechend sieht Lelewel die Rückkehr zu dem prähistorischen moralischen Zustand als Ziel der Geschichte an. Auch das methodische Vorgehen Lelewels bewertet S. äußerst kritisch – so sei die romantisch-apriorische Argumentation kaum quellengestützt und bediene sich unhaltbarer etymologischer Behauptungen. Lelewels Ideen zur sozialen Ordnung der Slawen beruhten vielmehr auf der falsifizierten Grünberger Handschrift, an deren Echtheit Lelewel bereits damals zweifelte (S. 405 ff.). S. zufolge war die Wirkung Lelewels in der Emigration, die auf dieser Geschichtskonzeption beruhte, ebenso erfolglos und eher kontraproduktiv – mit Józef Szujski, auf den sich der Krakauer Historiker oft beruft, könnte man sogar sagen, es habe sich um eine falsche Politik auf Grundlage einer falschen Geschichte gehandelt.

Trotz ihres Umfangs und der teilweise sprunghaften Ausführungen ist S.s Studie gut lesbar. Stellenweise könnte man dem Autor eine zu kritische Einstellung sowohl gegenüber seinen historiografischen Vorgängern wie auch gegenüber Lelewel selbst vorwerfen. Wenn S. die Loyalität Lelewels dem Zar gegenüber mit Verrat an der polnischen nationalen Idee gleichsetzt, folgt er einem wenig reflektierten nationalen Narrativ, und dieses lässt zudem seine panslawische Verortung außer Acht. Auch die Behauptung, Lelewels Stellung in der Historiografie sei allein seiner Instrumentalisierung in der Volksrepublik Polen zu verdanken, erscheint fraglich, denn als Bezugsperson war Lelewel schon im 19. Jh. von Bedeutung, und in den 1930er Jahren gewannen seine Ideen rapide an Einfluss. Diese Kritikpunkte beziehen sich allerdings nicht auf zentrale Punkte des Buchs, dessen Stärke unzweideutig in der detaillierten Analyse der Historiografie Lelewels liegt.

Neben der genauen Analyse der Entwicklung von Lelewels wissenschaftlichem Denken gelingt S. auch eine Verortung des Historikers in den damaligen Strömungen der Geschichtswissenschaft, sowohl der polnisch- als auch der nichtpolnischsprachigen (vor allem in Deutschland, Russland und England). Daher sind seine Ergebnisse auch für Historiker der Historiografie- und Ideengeschichte des 19. Jh. von Interesse.

Marburg – Wien

Jan Surman

Erinnern mit Hindernissen. Osteuropäische Gedenktage und Jubiläen im 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Hrsg. von Rudolf Jaworski und Jan Kusber. (Mainzer Beiträge zur Geschichte Osteuropas, Bd. 4.) LIT. Berlin u.a. 2011. 292 S., 8 Abb. ISBN 978-3-643-10816-6. (€ 29,90.)

Rudolf Jaworski und Jan Kusber stellen die Untersuchung verschiedener Gedenktage in Mittel- und Osteuropa in den Fokus ihres Sammelbandes, der aus einer Tagung des Instituts für Europäische Geschichte in Mainz hervorgegangen ist. Anlässlich der Systemwechsel in Osteuropa beschäftigen sich die einzelnen Vf. mit Über- und Umschreibungen der Erinnerung in Osteuropa und dem Wandel medialer Inszenierung anhand der Untersuchung unterschiedlicher Gedenktage und Jubiläen. Die zentrale Frage ist, wie sehr die offiziellen Jubiläen und Gedenktage vor 1989 tatsächlich die Erinnerungskultur prägten oder ob sie nur ein Spiegelbild der jeweils herrschenden Geschichtspolitik gewesen sind. Der Zeitrahmen der einzelnen Untersuchungen reicht von 1918 bis zur Gegenwart, auch wenn Jaworski in seinem einführenden Beitrag darauf hinweist, dass längerfristige historische Entwicklungslinien und gesamteuropäische Faktoren die Bewertung der einzelnen Gedenktage prägen. Der Band ist regional aufgebaut, der Schwerpunkt des Sammelbandes liegt auf russischen bzw. sowjetischen und polnischen Gedenktagen, neben den genannten Ländern werden auch das Baltikum und Mitteleuropa, anhand von Beispielen aus Estland, der Slowakei, Ungarn und Rumänien, mit einbezogen.

Jaworski weist in seiner einordnenden Betrachtung darauf hin, dass jährliche Gedenktage einen Überblick über Wandel und Kontinuität von Erinnerungsstrategien in einem kurzen Zeitraum ermöglichen und der stete Wandel Osteuropas durch Okkupationen, Kriege und Systemwechsel einen völligen Austausch der Symbolhaushalte und somit viele Diskontinuitäten mit sich gebracht habe.

Julia Röttger untersucht den Wandel des Feiertages der Oktoberrevolution in der Sowjetunion bis hin zu seiner Ersetzung in der Russischen Föderation durch den „Tag der nationalen Einheit“. Werner Benecke widmet sich in seinem Beitrag dem 9. Mai als sowjetischem Feiertag im Wandel der historischen Zäsuren und betont, dass der 9. Mai als authentischer Feiertag erlebt werde, seine Bedeutung nicht verloren habe und als einziger Feiertag das Ende der Sowjetunion überdauert habe. Jan Kusber untersucht Stadtjubiläen im postkommunistischen Russland und stellt eine antiwestliche Ausrichtung der neuen russischen Geschichtspolitik fest. Während sein Beitrag sich sehr intensiv mit den Stadtjubiläen Moskaus 1997 und St. Petersburgs 2003 beschäftigt, kommen entsprechende Veranstaltungen in der Peripherie bzw. in der Provinz leider nur am Rande zur Sprache.

Witold Molik beschäftigt sich mit den Feierlichkeiten des Völkerfrühlings in Posen und Großpolen 1948 und benennt drei wichtige Faktoren, die im Vordergrund dieser sozialistischen Masseninszenierung gestanden hätten: die Mobilisierung der Massen, die Bindung der Regierungselite an die Bevölkerung und die Ablenkung, die mit dem Massenspektakel intendiert worden sei. Izabella Main untersucht die Diskrepanz, die in der Volksrepublik Polen zwischen den beiden Maifeiertagen – 1. und 3. Mai – bestand, und geht der Frage nach, wie sie über die Jahrzehnte von der Partei getilgt werden sollten. Der Gegensatz zwischen säkularen und religiösen Feiertagen wird in diesem Beitrag stark betont, und auch die Strategie der Verdrängung seitens der Machthaber als Instrument der Geschichtspolitik wird von der Vf. behandelt. Edmund Dmińrów widmet sich dem Wandel der Gedenktage anlässlich des Warschauer Aufstands und führt vor Augen, dass dieser primär als antikommunistisches und antisowjetisches Ereignis erinnert worden sei und die Erinnerung an ihn somit immer im Widerspruch zur Parteiführung gestanden habe. So verwundert es nicht, dass sich der 1. August als zentraler Gedenktag an den Warschauer Aufstand nach 1989 zum wichtigsten Staatsfeiertag entwickelt hat, auch wenn der Vf. kritisch anmerkt, dass der Aufstand heute eher verherrlicht als kritisch erinnert werde.

David Feest setzt sich in seinem Beitrag mit der vergessenen Revolution von 1940 in den baltischen Staaten auseinander und vertieft dies konkret am Beispiel Estlands. Er hält fest, dass die Okkupation einen wichtigeren Stellenwert als die sozialistische Revolution

erfahren habe, und konstatiert darüber hinaus, dass die Revolutionsfeiern nur dadurch eine gleichsam geborgte Legitimität hätten erhalten können, indem sie in beliebte Massenveranstaltungen wie das Sängerefest integriert worden seien. Letztendlich schlug die Revolution von 1940 keine tiefen Wurzeln, und die Erinnerung an sie hat das Jahr 1989 nicht überstanden.

Elena Mannová beschäftigt sich mit den Uminterpretationen des Slowakischen Nationalaufstands von 1944. Éva Kovács verbindet zwei Revolutionsmythen sowie deren Gedenktage miteinander und zeigt, wie der 15. März 1848 Pate für den 23. Oktober 1956 stand und von Teilen der Bevölkerung auch immer miteinander verbunden und zusammen erinnert wurde. Hans-Christian Maner widmet sich den vielen Umdeutungen des 23. August 1944 in Rumänien und verfolgt, wie der Tag des Staatsstreichs über die Jahrzehnte hinweg unterschiedlich interpretiert und erinnert wurde.

Die Autoren beschäftigen sich intensiv mit ausgewählten Gedenktagen und Jubiläen in Mittel- und Osteuropa und füllen so in einem ersten Schritt teilweise die von Jaworski konstatierte Forschungslücke. Der Sammelband hätte noch gewonnen, wäre die geografische Schwerpunktsetzung etwas ausgeglichener gewesen, aber die Vielfalt der besprochenen Gedenktage und ihrer Wandlungsprozesse zeichnet dem Leser ein anschauliches Bild vom Einfluss der Systemwandel in Mittel- und Osteuropa auf die jeweiligen Erinnerungs- und Gedenkkulturen.

Freiburg

Cordula Kalmbach

W obcym kraju ... Wojska sprzymierzone na Górnym Śląsku 1920-1922. [In einem fremden Land ... Die alliierten Truppen in Oberschlesien 1920-1922.] Hrsg. von Sebastian Rosenbaum. Wydawn. Muzeum Śląskie. Katowice 2011. 400 S., Ill. ISBN 978-83-62593-08-8. (PLN 53,82.)

Das Schrifttum über die Ereignisse in Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg füllt ganze Bibliotheken, und dennoch bietet der vorliegende Band etwas Neues. Wurden nämlich die Ereignisse bislang ganz überwiegend als deutsch-polnischer bilateraler Konflikt aufgefasst¹, so geht es hier um die Bedeutung Oberschlesiens im europäischen Mächtekonkurrenz und die Auswirkungen der alliierten Truppenpräsenz in der Region. Zur Vorbereitung der im Versailler Vertrag festgelegten Volksabstimmung über die Zugehörigkeit der Region war das Abstimmungsgebiet unter Verwaltung des Völkerbunds gestellt und von den Siegermächten des Ersten Weltkriegs besetzt worden – ohne Beteiligung der USA, da diese den Versailler Vertrag nicht ratifiziert hatten. Erstmals wird in den Beiträgen des vorliegenden Bands nun genauer untersucht, wie sich diese weltpolitische Konstellation vor Ort auswirkte, und zwar aus der bislang noch kaum eingenommenen Perspektive der ankommenden Truppen, und demzufolge auch mit für diese Zwecke noch nicht ausgewertetem Quellenmaterial.

Zunächst wird die Politik der beteiligten Mächte Frankreich (Rémy Porte), Großbritannien (Karsten Eichner) und Italien (Davide Artico) dargestellt. Bei allen drei Beiträgen handelt es sich um grundsätzliche, durch Archivquellen gestützte Untersuchungen nach Art einer traditionellen Politik- und Demokratiegeschichtsschreibung, was der Fragestellung angemessen ist. Auch wenn es sich nicht stets um Originalbeiträge handelt, so geben sie doch den aktuellen Stand der Forschung wieder und liefern differenzierte Antworten auf die bereits in den 1920er Jahren gestellte Frage des internationalen Interesses an der Oberschlesien-Problematik. Die akademische Nüchternheit der Beiträge, die in einem wohlthuenden Gegensatz zum emotionalen Tenor des Großteils der bisherigen Forschung

¹ Ausführlicher RÜDIGER RITTER: Die Geschichtsschreibung über Abstimmungskämpfe und Volksabstimmung in Oberschlesien (1918-1922), Frankfurt a.M. 2009.

steht, macht deutlich, dass es den beteiligten alliierten Mächten weniger um Sympathien und Antipathien gegenüber Deutschen oder Polen, sondern vielmehr um die Behauptung der eigenen Positionen im Konzert der europäischen Mächte ging. Das ist eine wichtige Korrektur an der immer wieder polemisch vorgetragenen Anklage der „Polenfreundlichkeit“ der Franzosen oder der „Deutschfreundlichkeit“ der Engländer, die angeblich das jeweilige Hauptmotiv ihres Handelns gewesen sei.

Ein zweiter Block nimmt die militärischen Formationen der Alliierten selbst ins Visier. Krzysztof Marcinek zeigt auf, dass es sich bei den in Oberschlesien ankommenden Truppen der drei ausländischen Mächte um Formationen handelte, die in vielen Fällen seit dem Ersten Weltkrieg oder noch länger bestanden hatten und für den Einsatz in Oberschlesien zumeist in alter Form reorganisiert wurden. Hier wird deutlich, wie sinnvoll es ist, den Oberschlesienkonflikt nicht isoliert, sondern in Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg und den Neuordnungsversuchen danach zu betrachten. In einem längeren Beitrag von Sebastian Rosenbaum ist erstmals die Disposition der einzelnen Formationen im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet detailliert angegeben; außerdem beschreibt der Autor Einzelheiten der Ankunft und der Präsenz der Militäreinheiten, wobei er ausdrücklich einen alltagsgeschichtlichen Ansatz wählt und vor allem die Beziehungen zur Zivilbevölkerung im Blick hat. Vor diesem Hintergrund ist einmal mehr eine differenzierte Betrachtung der „Polenfreundlichkeit“ der Franzosen möglich. Piero Crociani widerspricht in seinem Beitrag der traditionellen These der Deutschfreundlichkeit der Italiener und liefert eine detaillierte Beschreibung des italienischen Truppenkontingents, wobei er vor allem auf das Verhalten und das Alltagsleben der Soldaten selbst fokussiert und auch wenig beachtete Aspekte wie die Problematik des Alkoholmissbrauchs nicht verschweigt.

Im Falle der französischen Soldaten hat sich eine Sammlung von Feldpostkarten erhalten, die die Soldaten an ihre Angehörigen und Freunde geschrieben hatten. Dieses Material, das für die Soldaten der anderen Mächte nicht zur Verfügung steht, erlaubt einen punktuell etwas tieferen Einblick in die Alltagswelt und das Verhalten der französischen Truppen. Der Untersuchung dieses Quellenbestands widmen sich die beiden Beiträge von Leszek Jodliński sowie von Marie-Emmanuelle Reytier und Dorota Schreiber-Kurpiers.

Wie man die Anwesenheit der Interalliierten Kommission und ihrer Truppen in Deutschland auffasste, untersucht Mariusz Urbanik am Beispiel liberaler Blätter aus dem Marburger Land. Der Beitrag von Michał J. Witkowski unternimmt Ähnliches anhand einer Betrachtung des polnischen, in Oberschlesien seinerzeit vielgelesenen Wochenblatts *Katolik*.

Ein Beitrag über die Interalliierte Kommission im Teschener Schlesien von Miłosz Skrzypek schließt den Band ab – allzu oft wird unberücksichtigt gelassen, dass sich am Streit um die Region Oberschlesien ja auch die Tschechoslowakei beteiligte.

Die optische und grafische Gestaltung des Bandes ist sehr ansprechend. Die Sammlungen des Schlesischen Museums in Katowice zu dieser Zeit verleihen dem Buch fast schon den Charakter eines Ausstellungskatalogs und erlauben buchstäblich einen ganz neuen Blick auf die Ereignisse, gerade wenn es um alltagsgeschichtliche Aspekte geht. Fotografien alliierter Offiziere und einfacher Soldaten im Besatzungsalltag, Faksimile-Wiedergaben von offiziellen Dokumenten, Armeekarten, Kuriosa wie die eigenen Briefmarken des Abstimmungsgebiets vermitteln ein plastisches Bild.

Ob es wirklich möglich ist, die Berichte der alliierten Truppen den deutschen und polnischen Urteilen als „neutral“ gegenüberzustellen, wie der Klappentext des Buchs es suggeriert, mag dahingestellt bleiben, haben doch alle Beteiligten naturgemäß ihren eigenen subjektiven Standpunkt. Viel wichtiger als Versuche, mithilfe der alliierten Berichte deutsch-polnische Streitigkeiten zu schlichten, ist jedoch die Möglichkeit eines grundsätzlichen Perspektivwechsels. Vielleicht der größte Gewinn des Bandes ist die Tatsache, dass hier Wege gewiesen werden, die Ereignisse in Oberschlesien jenseits bisheriger Fragestellungen in ihrer übergeordneten Bedeutung für eine europäische Geschichte aufzufassen

und zu untersuchen. Der Konflikt um Oberschlesien ist ein gutes Beispiel für die Persistenz des Militärischen nach Kriegsende und die Schwierigkeiten, eine zivile Nachkriegsordnung einzurichten und zu stabilisieren. Interessant sind vor diesem Hintergrund etwa Fragen nach den Bedingungen und Gründen des Scheiterns der alliierten Mission. Warum siegte trotz internationaler Anstrengungen schließlich doch der militärische über den politischen Weg? Waren dafür eher regionale Faktoren in Oberschlesien oder internationale Phänomene wie beispielsweise institutionelle Unzulänglichkeiten des Völkerbunds verantwortlich? Diese Fragen deuten sich im vorliegenden Band nur implizit an – aber dass sie auf soliderer Grundlage als bisher gestellt werden können, ist ein bedeutendes Verdienst dieser Publikation.

Bremen

Rüdiger Ritter

Reichskommissariat Ostland. Tatort und Erinnerungsobjekt. Hrsg. von Sebastian Lehmann, Robert Bohn und Uwe Danker. (Zeitalter der Weltkriege, Bd. 8.) Schöningh. Paderborn u.a. 2012. 371 S. ISBN 978-3-506-77188-9. (€ 34,90.)

Dieser Sammelband ist das Ergebnis einer Tagung, die vom 28. bis 30. Mai 2009 vom Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte der Universität Flensburg veranstaltet wurde. Er umfasst 17 Aufsätze, die einen breiten Zugriff auf aktuelle und einschlägige Forschungen bieten.

Wolfgang Benz behandelt den Holocaust auf dem Gebiet des Reichskommissariats Ostland. Er betrachtet dessen Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Baltikum im Vergleich mit anderen Regionen und kommt zu dem Schluss, dass angesichts der Dominanz des Erinnerungsorts Auschwitz der Holocaust im Baltikum in der öffentlichen Wahrnehmung in den Hintergrund tritt, doch träfe dies auch auf zahlreiche andere Regionen zu. Ernst Piper beschäftigt sich ausgehend von Rosenbergs Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete mit der NS-Unterdrückungs- und Vernichtungspolitik auf dem Gebiet des Reichskommissariats. Er schildert das Kompetenzgerangel zwischen dem Ministerium und der SS sowohl über die Definition des Begriffs „Jude“ als auch bei der Ermordung der jüdischen Bevölkerung.

Andrej Angrick stellt ein Phasenmodell zur Anwendung von Terror und Mord durch die deutschen Besatzer vor. Zunächst unterstützten die einmarschierenden deutschen Truppen bereitwillig Racheakte und Gräueltaten von Angehörigen der litauischen und lettischen Bevölkerung gegenüber vermeintlichen und tatsächlichen Vertretern des Sowjetregimes einschließlich der Juden. In einer zweiten Phase der Zivilverwaltung von Dezember 1941 bis in die zweite Jahreshälfte 1942 hinein ließ das Reichskommissariat unter Leitung des Reichskommissars Hinrich Lohse einen erheblichen Teil der einheimischen Juden ermorden, da Juden aus anderen Teilen des nationalsozialistischen Herrschaftsbereichs aufgenommen werden mussten, die später ebenfalls größtenteils der Ermordung zum Opfer fielen. Der gestiegene Arbeitskräftebedarf und die Verwischung der Spuren des Massenmords kennzeichnen die dritte Phase bis zum Einmarsch der Roten Armee 1944.

Martin Dean nimmt die Geschichte der von ihm als dezentral begriffenen Gettos im Generalkommissariat Weißruthenien unter die Lupe. Deshalb sei es zu regional unterschiedlichen Geschwindigkeiten bei der Gettoisierung gekommen, was wiederum die Parallelität der Errichtung neuer Gettos in manchen Gebieten mit der systematischen Vernichtung andernorts erklärt. Tilman Plath untersucht in seinem Aufsatz die ostlettische Region Lettgallen (Latgale) zwischen 1941 und 1944. Er differenziert zwischen konfessionellen und ethnischen Gruppen der Region vor und nach der Schlacht von Stalingrad und beleuchtet unterschiedliche Versuche der deutschen Besatzungsmacht, die lettische (latgalische) und slawische Bevölkerung zur Kollaboration zu bewegen, die vor allem ab 1943 immer weniger Erfolg hatten.

Matthew Kott zeichnet ein detailliertes Bild der Rekrutierung von Balten für die Waffen-SS. Er plädiert dafür, Himmlers frühe Versuche, Esten, Letten und Litauer in die

Schutzmannschaft und Ordnungspolizei einzubeziehen, als Vorgängermodell für die 1942/43 wieder einsetzenden Bemühungen zu betrachten, Balten für die Waffen-SS zu gewinnen. Armin Nolzen skizziert die Tätigkeit der Landesleitung Ostland der NSDAP, die nur zwei Jahre, nämlich von 1942 bis 1944 existierte. Er beschreibt die NSDAP im Ostland, gemessen an ihren eigenen Ansprüchen, als ineffizient, jedoch war dies auch der komplizierten Entstehungsgeschichte und der Umgebung in den besetzten Gebieten geschuldet. Ab 1943 nahm der Einfluss der Landesleitung auf die Besatzungspolitik zu.

Malte Gasche untersucht die Arbeit der Prähistoriker im Gebiet des Reichskommissariats Ostland und die pseudowissenschaftliche Nutzung der Vor- und Frühgeschichte zum Nachweis des germanischen Einflusses bei der Kultivierung dieser Landstriche. Sein Aufsatz greift – wie einige andere – über das Jahr 1945 hinaus, da er auch die spätere Entwicklung der Vorgeschichte zu Beginn der zweiten sowjetischen Besatzung einbezieht. Anastasia Antipova beschäftigt sich mit der Sprachenpolitik der NS-Besatzer auf dem Gebiet des heutigen Weißrusslands, vor allem im Bereich des Generalkommissariats Weißruthenien. Die Sprachpolitik beabsichtigte zunächst eine Stärkung der weißrussischen Sprache mit lateinischem Alphabet – zur Abgrenzung vom Russischen –, während 1943/44 auch Tendenzen zur Höherbewertung des Russischen gegenüber dem Weißrussischen sichtbar wurden, die die Vf. als in der Kontinuität zur chauvinistischen zarischen Nationalitätenpolitik stehend charakterisiert.

Sven Jüngerkes analysiert auf systemtheoretischer Grundlage zwei größere Personalkonflikte auf dem Gebiet des Reichskommissariats, nämlich einmal zwischen Reichskommissar Lohse und dem Wehrmachtbefehlshaber Ostland, Walter Braemer, sowie zwischen Lohse und dem Generalkommissar für Estland, Sigmund Litzmann. Uwe Danker knüpft direkt an die Biografie Lohses an, indem er dessen Interaktion mit Behörden und der Öffentlichkeit sowie dessen Selbstbeschreibungen nach 1945 bis zu seinem Tod 1964 untersucht.

Mats Deland setzt sich mit den vermutlich fast 300 Esten und Letten auseinander, die in NS-Verbrechen verwickelt waren und nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Schweden lebten. Aufgrund der dortigen juristischen Rahmenbedingungen, aber auch aufgrund der Deckung und Hilfe von amtlichen schwedischen Stellen und Exilorganisationen, wurde keiner von ihnen je verurteilt. Robert Bohn untersucht die strafrechtliche Verfolgung von Viktors Arājs, der bis 1975 unentdeckt in der Bundesrepublik lebte und schließlich 1979 verurteilt wurde. Der Vf. setzt den Fall Arājs in Zusammenhang mit den allgemeinen Konjunkturen der NS-Strafverfolgung in der Bundesrepublik.

Jörg Hackmann untersucht die Arbeiten der (west)deutschen Historiografie zum Reichskommissariat vor 1989. Er kommt zu dem Schluss, dass dieses Kapitel deutscher Besatzungsherrschaft – anders als andere Regionen – nur in Ansätzen erforscht wurde. Klaus Bästlein stellt dieselbe Frage in einen größeren Zusammenhang und gliedert die Erforschung des Mords an den europäischen Juden in drei Phasen, wobei er trotz der seit den 1980er Jahren erzielten Fortschritte nach wie vor große Defizite in der Forschung feststellt. Der Vf. wirft der deutschen Historiografie zudem Versagen in der Aufarbeitung des eigenen Anteils an der Nichterforschung des Judenmords vor allem in den 1950er und 1960er Jahren vor.

Joachim Tauber beschreibt die vielfältigen Wege der Vergangenheitsbewältigung unter Exil-Litauern während der sowjetischen Besatzung und in der 1990/91 wieder souverän gewordenen Republik Litauen. Trotz zahlreicher Rückschläge und Irritationen zeichnet er insbesondere für die Zeit seit 1991 ein eher positives Bild sowohl der historischen wie auch der justiziellen Aufarbeitung des Holocausts. Zuletzt ordnet Olaf Mertelmann das Generalkommissariat Estland in den estnischen Vergangenheitsdiskurs ein. Sein Fazit lautet, dass es überwiegend deshalb als „kleineres Übel“ (S. 366) angesehen wurde und teilweise noch immer wird, weil das langfristige Ziel der NS-Besatzungspolitik, nämlich die weitgehende Germanisierung der Esten, nicht in den Diskurs eingeflossen sei.

Eine Nachbearbeitung hätte dem Band in Hinblick auf die einheitliche Beachtung der lettischen Schreibweise (Karte S. 33 sowie Aufsätze Angrick, u.a. S. 71, und Deland, u.a. S. 258), die einheitliche Wiedergabe der Ortsnamen (Aufsatz Dean, u.a. S. 93) und die einheitliche Anwendung der wissenschaftlichen Transliteration des Russischen (Aufsatz Angrick, u.a. S. 72, Anm. 10) gutgetan. Auch wenn einzelne Aspekte, wie der Vergangenheitsdiskurs in Lettland, nicht berücksichtigt wurden, bietet der Band allein aufgrund seiner Fülle und seiner Themenvielfalt, aber auch aufgrund der beachtlichen Kenntnisse der Autoren einen reichhaltigen Überblick über den aktuellen Forschungsstand zum Reichskommissariat Ostland. Daher ist ihm eine breite Rezeption zu wünschen.

Mainz

Benjamin Conrad

Dan Michman: Angst vor den „Ostjuden“. Die Entstehung der Ghettos während des Holocaust. Aus dem Engl. übers. von Udo Rennert. Fischer. Frankfurt am Main 2011. 282 S., Ill. ISBN 3596182085. (€ 15,-)

Der Begriff „Ghetto“ symbolisiert wie kaum ein anderes Wort das jüdische Leben und Leiden während des Holocaust. Die 1939 erstmals in Polen eingerichteten Ghettos trugen maßgeblich zur Isolierung der Juden von anderen Bevölkerungsgruppen bei. Sie unterstanden fast durchweg lokalen (militärischen oder zivilen) Besatzungsbehörden, die einzelne Wohnviertel innerhalb von Städten kurzerhand zu Sperrgebieten erklärten. Dabei kam es zu Großghettos wie Litzmannstadt (Lodz) oder Warschau mit zeitweise 160 000 bzw. 500 000 Insassen, aber es existierten auch so genannte Dorfghettos mit wenigen hundert Menschen. Nicht immer waren die Ghettos vollständig von der Außenwelt abgeriegelt, doch lebten in ihnen fast ausschließlich Juden (sowie zum Teil die aus den Zigeunerlagern dorthin verschleppten Roma und Sinti). Die Lebensbedingungen waren geprägt von Armut, Hunger und Krankheiten; binnen kurzer Zeit herrschten fast immer katastrophale Zustände. Der Alltag wurde zum Teil durch die Besatzungsmacht geregelt, zum Teil durch die von dieser eingesetzten Judenräte.

Zunächst spielte Zwangsarbeit keine zentrale Rolle, 1940 wurden jedoch Ghattobetriebe errichtet oder jüdische Arbeitskräfte für Unternehmen oder Lager außerhalb rekrutiert, um so Gelder für den Unterhalt des Ghettos zu erwirtschaften. Nach dem heutigen Stand der Forschung ist davon auszugehen, dass die deutschen Besatzer in Ostmittel- und Osteuropa insgesamt 1000-1200 Ghettos errichteten, von denen einige über Jahre, andere nur wenige Wochen bestanden. Geschätzt wird, dass etwa zwei Drittel der späteren Opfer des Holocaust in Polen, Lettland, Litauen, Ungarn und Transnistrien und etwa 50 bis 60 Prozent aller verfolgten Juden zeitweise in einem Ghetto hausen mussten. Von diesen sind wohl 600 000-1 000 000 in den Ghettos selbst umgekommen. Charakteristisch ist schließlich, dass das Ghetto den „Vorhof“ der „Endlösung“ darstellte, da die Insassen von hier aus in die Vernichtungsstätten deportiert wurden.

Einige der Grundannahmen der NS-Forschung über das Ghetto stellt Dan Michman in seiner hier zu besprechenden Studie in Frage. M. ist ein ausgewiesener Kenner der Geschichte des west- und osteuropäischen Judentums sowie des Holocaust und fragt in seinem Buch, das auch auf Englisch erschienen ist¹, ob die Ghettoisierung tatsächlich als zentrale Erfahrung aller europäischen Juden während des Holocaust anzusehen ist und ob die Judenräte „intrinsisch mit dem Phänomen der Ghettos“ (S. 12) verbunden waren. Und schließlich: Stellte das Ghetto tatsächlich eine Vorstufe in einem zentral geplanten Vernichtungsprozess dar, der in die „Endlösung“ mündete?

¹ DAN MICHMAN: *The Emergence of Jewish Ghettos during the Holocaust*, Cambridge – New York 2011.

M. untersucht die Begriffsgeschichte des Wortes „Ghetto“ und den Bedeutungswandel, den dieses in den späten 1930er und frühen 1940er Jahren in Deutschland erfuhr, die Ursachen für die Entstehung von Ghettos in den besetzten Gebieten sowie die dort herrschenden, zum Teil sehr unterschiedlichen Verwaltungspraktiken – und nicht zuletzt auch die Gründe, warum die Ghettoerbildung nahezu ausschließlich auf Ost(mittel)europa begrenzt blieb. Seine Ergebnisse hat er in sechs Thesen zusammengefasst: Die Einrichtung der Ghettos war erstens „eher psychologischer als bürokratischer Natur“ (S. 161). Nicht administrative oder planungsorientierte Überlegungen waren – so argumentiert M. – handlungsleitend, sondern die Angst der deutschen Akteure am Ort vor dem kulturellen Stereotyp des „Ostjuden“ und vor den osteuropäischen Judenvierteln, die man als „Brutstätte“ des „gefährlichen Juden“ ansah. Ghettos wurden daher zweitens nicht flächendeckend als zentral geplantes Herrschaftsmittel eingerichtet, sondern dort, wo bereits verarmte Judenviertel bestanden. „Im Lichte eines aktiven Antisemitismus nötigte die unmittelbare Begegnung mit dem osteuropäischen Ghetto und den osteuropäischen Juden [...] die deutschen Behörden am Ort, etwas gegen ein Phänomen zu unternehmen, das als eine existentielle Bedrohung wahrgenommen wurde“ (S. 162). Das 1938 erschienene Buch des Bevölkerungsökonom und Ostforschers Peter-Heinz Seraphim *Das Judentum im osteuropäischen Raum* habe dafür den wissenschaftlichen Unterbau geboten. Drittens zeigt M., dass die Ghettos keineswegs nach einem einheitlichen, vorab festgelegten Muster organisiert waren. Vielmehr unterlag der Begriff zahlreichen Wandlungen ebenso wie die konkreten Ausformungen dessen, was die Nazis darunter verstanden. Insofern sind die NS-Ghettos viertens als ein Terrorinstrument eigener Kategorie anzusehen und klar etwa von den einheitlich strukturierten Konzentrationslagern zu unterscheiden. Fünftens belegt der Vf., dass zwischen Judenräten und Ghetto kein unauflöslicher Konnex bestand – auch wenn die deutschen Behörden dort meistens Judenräte installierten. Vielmehr setzten die Nationalsozialisten beides – Judenrat und Ghetto – als Kontrollinstrument ein, um die jüdischen Gemeinden von ihrer Umgebung zu isolieren. Während die SS Judenräte daher überall in Europa einrichtete, existierten die NS-Ghettos nur in Osteuropa und auch dort nicht überall (S. 170). Sechstens und abschließend hebt M. hervor, dass die Einrichtung der NS-Ghettos zwar eine deutliche Verschärfung der nationalsozialistischen Judenpolitik darstellte, aber keine Vorstufe der „Endlösung“ (S. 172). Der Transformation vom traditionellen osteuropäischen Judenviertel zum NS-Ghetto lag „antisemitische[r] Wahn, die Energie und der Einfallsreichtum der beflissenen Diener des NS-Regimes, denen man einen grenzenlosen Handlungsspielraum überließ“, zugrunde (S. 174), nicht hingegen ein zuvor feststehender Plan, der vom Ghetto zwangsläufig zur „Endlösung“ führte.

Diese letzte Schlussfolgerung ist insofern nicht überraschend, als eine strikt „intentionalistische“ Position, welche die Ermordung der europäischen Juden mit einer von Beginn an auf dieses Ziel hin intendierten Politik erklärt, in der Forschung inzwischen als widerlegt gilt. Unabhängig davon jedoch ist zu betonen, dass M. das heute (auch in der NS-Forschung) vorherrschende Bild vom Ghetto durch eine empirisch fundierte und zugleich kulturwissenschaftlich inspirierte Untersuchung der NS-Ghettos ersetzt – und dass er ein meisterhaftes Buch geschrieben hat.

Freiburg i. Br.

Karin Orth

The Warsaw Ghetto Oyneg Shabes-Ringelblum Archive. Catalog and Guide. Hrsg. von Robert Moses Shapiro und Tadeusz Epsztein. Indiana University Press. Bloomington u.a. 2009. XXIV, 539 S., 90 s/w Ill. ISBN 978-0-253-35327-6. (€ 76,99.)

Archiwum Ringelbluma. Konspiracyjne Archiwum Getta Warszawy. [Das Ringelblum-Archiv. Das Untergrundarchiv des Warschauer Gettos.] Bd. 4: Życie i twórczość Geli Seksztajn. [Gela Seksztajns Leben und Werk]. Bearb. von Magdalena Tarnowska. LVI, 231 S. ISBN 978-83-61850-12-0; Bd. 5: Getto warszawskie. Życie codzienne. [Das Warschauer Getto. Alltagsleben.] Bearb. von Katarzyna Person. XXVI, 567 S. ISBN 978-

83-61850-52-6; Tadeusz Epsztajn: Inwentarz Archiwum Ringelbluma. [Findbuch des Ringelblum-Archivs.] Żydowski Instytut Historyczny im. Emanuela Ringelbluma. Warszawa 2011. 942 S. ISBN 978-83-61850-44-1.

Mitte der 1990er Jahre entschied man sich im Warschauer Jüdischen Historischen Institut, die gesamte schriftliche Überlieferung aus dem früheren Untergrundarchiv des Warschauer Gettos zu veröffentlichen.¹ In den folgenden Jahren wurden in einer wissenschaftlichen Edition die ersten drei Bände herausgebracht.² Danach begann in Kooperation mit dem Washingtoner Holocaust-Museum (USHMM) Tadeusz Epsztajn mit seinen Arbeiten zur Neustrukturierung der Archivalien. Das Ergebnis schlägt sich in dem 2011 auf Polnisch und schon 2009 (gemeinsam mit Robert Moses Shapiro) auf Englisch publizierten Findbuch nieder. Letzteres ist dank seines großen Formats und zahlreicher Abbildungen (darunter einige Faksimiles, Fotos von bedeutenden Mitarbeitern des Untergrundarchivs, von zeitgenössischen Straßenszenen u.Ä.) großzügiger und ansprechender gestaltet. Außerdem wird die englische Ausgabe durch eine kundige Einführung von Samuel Kassow³ in das intellektuelle Milieu der konspirativen Gruppe Oneg Schabbat (Freuden des Schabbat), die das Untergrundarchiv geschaffen hatte und dafür das führende Personal stellte, sowie dessen Entwicklung zwischen 1940 und 1943 ergänzt. In beiden Ausgaben unerlässlich sind die ausführlichen Konkordanzen der alten und neuen Archivsignaturen.

Mithilfe des detaillierten Findbuchs lässt sich nun der enorme Informationsbestand nachvollziehen, den die Untergrund-Archivare und zahllose weitere – meist unbekannte – Mitarbeiter/innen des Geheimarchivs zusammengetragen haben. Die Übersicht der einzelnen Dokumente listet die neue Signatur und frühere Signaturen, den Entstehungszeitpunkt bzw. -raum, den Verfasseramen (soweit er bekannt ist), die Überschrift im Original und in Übersetzung sowie eine Kurzbeschreibung des Inhalts auf. Dem folgt noch eine technische Beschreibung der äußeren Gestalt des Dokuments mit Informationen über eventuelle Textverluste, über nachträgliche Notizen, gegebenenfalls Querverweise und Angaben darüber, wo das Schriftstück zuvor veröffentlicht wurde, und sonstige Anmerkungen des Bearbeiters. Der Schwerpunkt der Dokumente liegt natürlich auf den Vorgängen im Warschauer Getto, wo seit November 1940 etwa 450 000 Menschen hinter Mauern eingesperrt waren. Ein großer Teil der Materialien betrifft aber auch Orte außerhalb von Warschau und ist somit eine bedeutende Quelle für das von Deutschen besetzte Polen.

Da der Bestand des Untergrundarchivs mehr als 35 000 Seiten zählt, wird es noch lange dauern, bis alle editorischen Herausforderungen gemeistert und die Archivalien in ihrer Gesamtheit publiziert worden sind. Die Planungen, die Eleonora Bergman in ihrer Einführung zum *Inwentarz Archiwum Ringelbluma* skizziert (S. X), lassen erkennen, dass un-

¹ Siehe auch meine Rezension zu MARTA MARKOWSKA (Hrsg.): Archiwum Ringelbluma. Dzień po dniu Zagłady [Das Ringelblum-Archiv. Der Mord an den Juden Tag um Tag], Warszawa 2008, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 60 (2011), S. 129-136.

² Archiwum Ringelbluma. Konspiracyjne Archiwum Getta Warszawy. Bd. 1: Listy o Zagładzie [Briefe über den Judenmord], bearb. v. RUTA SAKOWSKA, Warszawa 1997; Bd. 2: Dzieci – tajne nauczanie w getcie warszawskim [Kinder – der geheime Unterricht im Warschauer Getto], bearb. von DERS., Warszawa 2000; Bd. 3: Relacje z Kresów [Berichte aus den polnischen Ostgebieten], bearb. von ANDRZEJ ŻBIKOWSKI, Warszawa 2000.

³ Siehe auch SAMUEL D. KASSOW: Who Will Write Our History? Emanuel Ringelblum, the Warsaw Ghetto, and the Oneg Shabes Archive, Bloomington 2007, und meine Rezension für die American Association of Polish-Jewish Studies (AAPJS): <http://www.aapjstudies.org/manager/external/ckfinder/userfiles/files/Friedrich%20Kassow.pdf> (2.02.2013); deutsche Ausgabe: Ringelblums Vermächtnis. Das geheime Archiv des Warschauer Ghettos, Reinbek 2010.

terschiedliche Gliederungskriterien nebeneinander verwendet werden sollen. So sei beabsichtigt, das Material von außerhalb Warschaws in regionalen Bänden (zu einzelnen Distrikten, Reichsgauen usw.), nach ihren Urhebern und nach Textarten gegliedert, zu präsentieren. Die Materialien zu Warschau sollen in Einzelbänden folgende Themen abdecken: Anordnungen und Schriftstücke deutscher Behörden, Zeugnisse über die Verelendung der Getto-Insassen, Schicksale von Kindern und Jugendlichen, Kultur und Unterhaltung, Religion, Arbeit in den Getto-Betrieben, Dokumente aus der Überlieferung gesellschaftlicher Organisationen.

Der nun erschienene Band 4 von Magdalena Tarnowska über Leben und Werk der Zeichnerin und Malerin Gela Seksztajn (1907-1943) ist in der Reihe der bislang einzige kunstgeschichtliche Beitrag und der erste, der einer Einzelperson gewidmet ist. Er beginnt mit einer biografischen Einführung.⁴ Seksztajn stammte aus einer Warschauer Arbeiterfamilie. In den 1930er Jahren studierte sie an der Krakauer Kunstakademie. 1937 ließ sie sich wieder in Warschau nieder, im Jahr darauf konnte sie sich mit ihren Kinder-Zeichnungen an Ausstellungen beteiligen. Im gleichen Jahr heiratete sie den Lehrer Israel Lichtensztejn (1904-1943), Mitglied der zionistisch-marxistischen Arbeiterpartei Poale Zion-Linke und Redakteur der jiddischen Wochenzeitung *Literarische Bleter*; im Warschauer Getto gehörte er Oneg Schabbat als Archivar des Untergrundarchivs an. Seksztajn war zu dieser Zeit als Zeichenlehrerin tätig; für ihre aufopferungsvolle Arbeit mit Kindern erkannte der Judenrats-Vorsitzende Adam Czerniaków ihr 1942 einen Preis zu. Im November 1940 kam ihre Tochter Margolit zur Welt.

Der Einführung in das Œuvre der Künstlerin folgen in dem kleinen ersten Dokumententeil zwei Fotografien und einige wenige Schriftstücke, darunter ein Lebenslauf und ein Abschiedsbrief, die sie unter dem Eindruck der Deportationen nach Treblinka Ende Juli 1942 verfasste. Über ihre letzten Lebensmonate im Getto ist kaum etwas bekannt; den Eltern gelang es nicht, ihre Tochter zu retten – vermutlich kam die ganze Familie zu Beginn des Aufstands im April 1943 um. Am 3. August 1942 schon hatte Lichtensztejn mit zwei jugendlichen Helfern (Dowid Graber und Nochem Grzywacz) beim Schulgebäude an der Nowolipki-Straße 68 Seksztajns Arbeiten zusammen mit einer großen Zahl weiterer Materialien aus dem Untergrundarchiv in zehn Metallbehältern vergraben; sie wurden 1946 unter den Ruinen des Gettos geborgen. Der zweite Abschnitt von Band 4 enthält somit Abbildungen von über 300 geretteten Einzelwerken, weit überwiegend Porträtzeichnungen. Im Unterschied zu den Sujets anderer Künstler des Gettos greift das Elend, das Seksztajn in ihren letzten Lebensjahren miterlebte, nur ganz zum Schluss auf ihr künstlerisches Werk über: in drei Aquarellen von traurigen, bettelnden, in Lumpen gekleideten Mädchen (S. 210 f.) und in ihrem sehr ausdrucksstarken, ernsten Selbstporträt (S. 189).

Band 5 der Reihe ist wieder von allgemeinerem historischem Interesse und hat das Alltagsleben im Warschauer Getto zum Thema. Dafür hat Katarzyna Person 71 Texte ausgewählt, die allesamt dem 1946 wiedergefundenen Bestand entnommen sind. Die ohne genaue Beachtung der Chronologie geordneten Dokumente sind in elf Abschnitte unterteilt. Diese veranschaulichen verschiedene Aspekte des Getto-Lebens, betreffen einzelne Bevölkerungsgruppen und erörtern das Verhältnis der Juden zu Polen und Deutschen sowie die Stellung des Jüdischen Ordnungsdienstes und der Überwachungsstelle zur Bekämpfung des Schleichhandels und der Preiswucherei (Urząd do Walki z Lichwą i Spekulacją) im Getto, die der Gestapo unterstand. Ein Großteil der Dokumente wurde auf Polnisch verfasst, die übrigen sind von Sara Arm aus dem Jiddischen ins Polnische übersetzt worden.

⁴ Siehe auch die Biografie MAGDALENA TARNOWSKA: Gela Seksztajn (1907-1943). Żydowska malarka w getcie warszawskim [Eine jüdische Malerin im Warschauer Getto], Warszawa 2007.

Die „Szenen aus dem Getto“ in Kapitel 1 stammen zum großen Teil von dem Journalisten Stanisław Różycki, einem Warschauer, der 1939 nach Lemberg geflohen war und erst im Herbst 1941 wieder zurückkehrte; unter diesem Eindruck und aus eigener Anschauung schrieb er seit Ende 1941 für das Untergrundarchiv des Warschauer Gettos Essays und literarische Miniaturen über den sozialen und moralischen Zerfall in der Zwangsgemeinschaft. Solidarität und Zusammenhalt der Gettobewohner wird dagegen in Kapitel 3 über die Hauskomitees (Komitety domowe) betont. In Kapitel 2 tritt dem Leser das harte und trostlose Schicksal derjenigen entgegen, die seit 1939 weitgehend mittellos nach Warschau flohen. Zudem geht es um die Vertreibungsoffer, die von 1940 an aus einer ständig zunehmenden Zahl von Jüdischen Gemeinden ins Getto zwangseinquartiert wurden. In den Notasylen und Sammelunterkünften starben viele der aus West- und Mittelpolen Vertriebenen rasch an Hunger und Krankheiten. Hier findet sich auch eine Darstellung vom April 1942 über jüdische Deutsche, die einige Wochen zuvor mit Transporten aus Hannover und Berlin eingetroffen waren. Der anonyme Berichterstatter gibt wieder, was die Deportierten über die Lage in Deutschland mitteilten und wie es ihnen nach ihrer Ankunft im Getto ergangen war. Er endet mit den Worten: „Was mit ihnen wird, ist ungewiss.“ Sie waren unter den Ersten, die ein Vierteljahr später ins Vernichtungslager Treblinka in den Tod geschickt wurden.

Das längste Kapitel ist den Frauen des Gettos gewidmet, darunter eine umfang- und kenntnisreiche Abhandlung über „Die Jüdinnen in Warschau von September 1939 bis jetzt [1942]“. Kapitel 5 gilt der Bekämpfung des Fleckfiebers mit all ihren Unzulänglichkeiten und Härten für die Betroffenen, das darauf folgende handelt von der Wirtschaftsproduktion und Erwerbstätigkeit. Danach geht es um das Erziehungs- und Bildungswesen. In den Dokumenten über das Verhältnis zwischen Juden und Polen werden zum Teil bittere Anklagen erhoben; ein junger Berichterstatter dankt jedoch auch einem polnischen Passanten, der ihm bei den Pogromen in Warschau Ende März 1940 geholfen habe, den jugendlichen Schlägerbanden zu entgehen (S. 426 ff.). Ein anderer nicht näher bekannter Autor verfasste eine Abhandlung über die Assimilierten und Konvertierten im Getto. Das Verhältnis der deutschen Besatzer zu den polnischen Juden beschreiben im neunten Kapitel u.a. Berichte über die Misshandlung von jüdischen Zwangsarbeitern im März 1940 und über Aufenthalte im Gefängnis der Sicherheitspolizei (Pawiak) sowie eine Episode über die Zusammenarbeit jüdischer Kaufleute mit einem deutschen Soldaten, der sie vor der Beraubung durch sog. Volksdeutsche schützte; das Dokument 60 über eine Schlägerei zwischen polnischen und jüdischen Arbeitern im Bahnbetriebswerk am Warschauer Ostbahnhof am 26. Juni 1942 ist hier falsch eingeordnet. Den Jüdischen Ordnungsdienst charakterisieren fünf Dokumente, darunter „Hoffmanns zeitgenössische Erzählungen“, eine Darlegung von 1941 über die – auf Bestechlichkeit beruhende – Rolle jüdischer Polizisten beim Handel und Schmuggel des Gettos mit der Außenwelt. Ein anderer Beitrag fasst Auskünfte über den Ordnungsdienst zusammen, die ein Polizist Anfang Mai 1942 in einem Gespräch erteilt hatte.

Im Anhang werden in den Dokumenten wiederholt auftretende Begriffe (v.a. Institutionen und hebräische Bezeichnungen) kurz erläutert. Dem folgt ein knappes Literaturverzeichnis, ein geografisches und ein Personenregister.

Die thematische Zuordnung der Archivadokumente lässt sich in den ersten vier Bänden der Edition sehr klar nachvollziehen, bei Band 5 hingegen nicht. Die Abgrenzung des hier zugrundeliegenden „Alltagslebens“ wirft erhebliche Zweifel auf: Warum sind allein die in den elf Kapiteln aufgegriffenen – und schon recht vielgestaltigen – Themen Elemente des Alltagslebens und andere nicht (z.B. das Kriegserlebnis der Zivilisten im September 1939 bei der Bombardierung und Belagerung Warschaus, jüdische Soldatenschicksale, Ehe- und Familienleben, das Gesundheitswesen, die „wilde“ und die organisierte Zwangsarbeit)? Und wieso werden gerade die für diesen Band ausgewählten Texte unter die elf Überschriften subsummiert, weitere Dokumente des Archivs jedoch, die sich ihnen genauso gut zuordnen ließen, ignoriert? Auch geht die Kommentierung manchmal fehl, wenn etwa die

Entscheidung zur Deportation der Juden aus Deutschland Joseph Goebbels zugeschrieben wird (S. 169); in dem Dokument dürfte man sich vielmehr auf Hermann Görings Auftrag (in seiner Funktion als „Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches, Beauftragter für den Vierjahresplan und Vorsitzender des Ministerrats für die Reichsverteidigung“) an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Reinhard Heydrich, vom 31. Juli 1941 beziehen, „die Judenfrage in Form der Auswanderung oder Evakuierung einer [...] Lösung zuzuführen“.⁵ Unerläutert bleibt, dass sich hinter dem Wachmann, der 1941/42 wegen seiner zahlreichen willkürlichen Todesschüsse auf Juden bei den Getto-Insassen als „Frankenstein“ bekannt war, Josef Blösche (1912-1969) verbirgt (S. 85 f.).

Die Archivalien des Ringelblum-Archivs sind mittlerweile konserviert und vollständig digitalisiert, daher enthalten die Bände 4 und 5 Abbildungen und Faksimiles auf CD-ROM. Bei einem Vergleich fällt mehrfach auf, dass ganze Textpassagen, die sich im heutigen Original aufgrund schadhafter Stellen nicht mehr lesen lassen, in der Abschrift enthalten sind (beispielsweise der Dialog auf S. 424). Außerdem ist die Schreibung von deutschen Wörtern, die mitunter in die polnischen Texte eingestreut sind, nicht immer originalgetreu. Das Dokument Nr. 59 – die an die Getto-Insassen gerichtete Anordnung des „Kommissars für den jüdischen Wohnbezirk in Warschau“, Heinz Auerswald, unverzüglich alle Pelzsachen abzuliefern, und die Schilderung der Reaktionen darauf – sucht man auf der CD leider vergebens.

Marburg

Klaus-Peter Friedrich

⁵ Siehe etwa ANDREA LÖW (Bearb.): Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Bd. 3: Deutsches Reich und Protektorat Böhmen und Mähren, September 1939 – September 1941, München 2012, S. 496 f., Dok. 196; URL: <http://www.digam.net/dokument.php?ID=9491&PHPSESSID=993e3b4df26e28a162ff03dc0fde858e> (23.02.2013) sowie http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Carta_G%C3%B6ring.JPG (23.02.2013).

Petra Rentrop: Tatorte der „Endlösung“. Das Ghetto Minsk und die Vernichtungsstätte von Maly Trostinez. (Dokumente – Texte – Materialien. Veröffentlicht vom Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, Bd. 80.) Metropol. Berlin 2011. 256 S., Ill., Kt. ISBN 978-3-86331-038-7. (€ 22,-)

Die 2010 von Petra Rentrop an der TU Berlin eingereichte, von Wolfgang Benz betreute Dissertation untersucht zwei wichtige, bislang noch nicht in den Gesamtzusammenhang des nationalsozialistischen Völkermords eingeordnete Haft- und Vernichtungsstätten: das im Juli 1941 kurz nach der deutschen Besetzung geschaffene Ghetto in der weißrussischen Hauptstadt Minsk und das nahe gelegene, vermutlich ab April 1942 eingerichtete Lager im Dorf Maly Trostinez (weißruss. Maly Tras’cjanec). Dort wurden bis zur Befreiung Anfang Juli 1944 rund 60 000 Menschen ermordet, davon mehr als die Hälfte Juden. Etwa zwei Drittel der jüdischen Opfer waren aus Österreich, Tschechien und Deutschland nach Weißrussland deportiert worden.

R.s. zentrales Anliegen ist es, die Ermordung der Juden an beiden Tatorten zu untersuchen „im Spannungsfeld zwischen dem Planungshorizont der NS-Führungsriege und den Intentionen regionaler wie lokaler Funktionäre von Zivilverwaltung, SS und Polizei“ (S. 9). Daneben gilt ihre Aufmerksamkeit auch dem Alltag der in und bei Minsk eingesperrten Juden. Sie kann sich dabei auf eine umfangreiche Literatur zur Verschleppung, Inhaftierung und Ermordung der Juden, zum deutschen Besatzungsregime in Weißrussland, zu Tätern, Opfern und Widerstand stützen. Darüber hinaus hat R. auch zahlreiche Archivalien ausgewertet, darunter die nur bruchstückhaft überlieferten Bestände der deutschen Zivilverwaltung sowie der SS und Polizei, ergänzend deutsche, österreichische und sowjetische Ermittlungs- und Prozessakten und schließlich als weitere wichtige Quellengattung veröffentlichte wie unveröffentlichte Erinnerungsberichte ehemaliger Häftlinge.

Nach zwei einleitenden, literaturbasierten Kapiteln zur NS-„Judenpolitik“ bis ins erste Kriegsjahr sowie zum Zusammenhang des Überfalls auf die Sowjetunion mit der „Endlösung der Judenfrage“ analysiert R. in vier weiteren Kapiteln den Beginn der Judenverfolgung in Minsk, die Geschichte des Ghettos von Minsk, die Situation deutscher Juden im Ghetto und die Geschichte der Lager und Vernichtungsstätte Maly Trostinez.

R. geht davon aus, dass die allgemein gehaltenen Befehle der NS-Führung, wer in den eroberten Gebieten der Sowjetunion zu inhaftieren und wer zu exekutieren sei, in Minsk wie andernorts von den lokalen Vertretern der Wehrmacht, SS und Polizei in eigener Initiative ausgestaltet wurden. Den widerstreitenden Erklärungen, ob die frühe Einrichtung eines Ghettos in Minsk vor allem aus materiellen Gründen – wie Wohnungs-, Nahrungs- und Arbeitskräftemangel – oder in erster Linie aufgrund von rassistisch motiviertem Sicherheitsdenken erfolgte, fügt R. einen weiteren Grund hinzu: Das Ghetto habe nämlich als Sammellager für jüdische Flüchtlinge aus dem Westen, eventuell auch für Juden aus dem Umland von Minsk dienen sollen.

Abgesehen von den lokalen Initiativen sieht R. Himmlers Besuch in Minsk am 14. und 15. August 1941 als wesentlichen Grund an, warum Minsk zu einem Schauplatz der Experimente mit Massentötungsverfahren wurde. Von anfangs 50 000 bis 60 000 Insassen des Ghettos Minsk überlebten etwa 20 000 das erste halbe Jahr bis Ende 1941 nicht. Außer den Mordaktionen von SS und Polizei forderten unzureichende Ernährung, harte Arbeit und Seuchen zahlreiche Opfer.

Für 7 000 im Herbst 1941 aus Deutschland und Österreich nach Minsk deportierte Juden waren die Chancen auf Überleben und Widerstand in der fremden Umgebung noch geringer als für die einheimischen Ghetto-Insassen. Die „reichsdeutschen“ Juden wurden innerhalb des Ghettos in noch einmal umzäunte „Sonderghettos“ gesperrt, wo sie den Platz zuvor ermordeter einheimischer Juden einnahmen. Spätestens im Juli 1942, als bei einer weiteren Massenmordaktion neben 6500 weißrussischen auch 3500 deutsche Juden starben, musste den Überlebenden klar sein, dass ihnen das gleiche Schicksal bevorstand. Nur knapp 50 kamen mit dem Leben davon.

Am 11. Mai 1942 ermordeten Sicherheitspolizei und SD erstmals in einem Wald bei Maly Trostinez knapp 1000 Juden. Aus dem Umstand, dass die Ermordeten kurz zuvor mit einem Deportationszug aus Wien angekommen waren, schließt R., dass die Einrichtung eines Arbeitslagers in Maly Trostinez in unmittelbarem Zusammenhang mit den wieder aufgenommenen Deportationen nach Minsk stand. Die örtliche deutsche Zivilverwaltung wehrte sich gegen die Aufnahme weiterer Juden und verwies auf die katastrophalen Zustände im Ghetto Minsk. Daraufhin, so R., habe die SS-Führung im Reich beschlossen, die deportierten Juden statt ins Ghetto ganz in die Hand von Sicherheitspolizei und SD zu geben. Hierfür entstanden ein Arbeitslager und eine Vernichtungsstätte auf der ehemaligen Kolchose Maly Trostinez – wegen deren günstiger Lage, denn sie war durch den angrenzenden Wald schlecht einsehbar und mit der Bahn leicht zu erreichen. Mehr als 15 000 österreichische, tschechische und deutsche Juden gelangten im Sommer 1942 nach Minsk und wurden zum Großteil noch am Tag ihrer Ankunft ermordet: erschossen oder in LKWs (Gaswagen) vergast. Anfangs mussten einige Hundert Juden im Lager Maly Trostinez Zwangsarbeiten verrichten, im Sommer 1944 waren es kaum noch 100. Nur rund 20 österreichischen, tschechischen und deutschen Juden gelang es, durch Flucht zu überleben.

R. zeigt in ihrer überzeugend argumentierenden Studie, wie sich die Massenmorde an Juden in Minsk, die anfangs in lokaler Auslegung zentraler Befehle erfolgten, erst nach Entscheidungen auf Reichsebene vom November 1941 an auf die systematische Vernichtung aller Juden, auch der Frauen und Kinder, ausweiteten. Ebenso war die Errichtung der Vernichtungsstätte Maly Trostinez bei Minsk Folge von Beschlüssen der SS-Führung im Reich. Für die Entschlossenheit, mit der an diesem Ort gemordet wurde, macht R. jedoch den lokalen Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD, Eduard Strauch, verantwortlich, da dieser den Massenmord an den Juden aus Karrieregründen wie aus Überzeugung vollzogen habe. Dass Maly Trostinez dennoch auf einer „Zwischenstufe zwischen Mas-

senvernichtungsstätte und Vernichtungslager“ (S. 233) stehen blieb, sei vermutlich eine Folge des sich ausbreitenden Partisanenkriegs gewesen.

Hamburg

Lars Jockheck

Alexander Statiev: The Soviet Counterinsurgency in the Western Borderlands. Cambridge University Press. Cambridge u.a. 2010. 368 S., Kt., 33 graph. Darst. ISBN 978-0-521-76833-7. (€ 71,80).

Alexander Statiev's Untersuchung fügt sich ein in eine Reihe von Darstellungen der letzten Jahre über den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen in der Region zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer. Im Unterschied zu seinen Kollegen wie Alexander Prusin oder Timothy Snyder geht es ihm jedoch nicht um das scheinbar ubiquitäre Phänomen der Gewalt in den *bloodlands*, sondern um die Rationalität ihrer Anwendung seitens der sowjetischen Praxis der *counterinsurgency*. Dieser Begriff ist mit Bedacht gewählt, denn der Autor hält sich nicht lange auf mit Fragen, ob dieses oder jenes Territorium rechtmäßiger Teil der UdSSR war oder nicht. „Bandenbekämpfung“ innerhalb der sowjetischen Grenzen war die Aufgabe diverser sowjetischer Instanzen und ihrer Kampftruppen, und aus deren Perspektive erklärt sich die Begrifflichkeit dieser Studie: „Partisans“ stehen auf sowjetischer Seite, „guerrillas“ sind ihre Gegner, wobei Letztere noch durch das Adjektiv „nationalist“ umschrieben werden. Die „Western borderlands“ schließlich sind die von der Sowjetunion in den Jahren 1940 bis 1944 annektierten Gebiete, während „old territories“ auf die sowjetischen Grenzen vor 1940 verweisen (S. 339). Trotz dieser gewöhnungsbedürftigen Übernahme der sowjetischen Perspektive – die *interwar period* dauert hier bis 1941 – ist St. eine anregende Arbeit zu verdanken, auch wenn man sich zuweilen schwer damit tut, politische Ziele der Sowjetmacht als Maßstab dafür zu nehmen, ob ihre Umsetzung rational war. Moralische Kriterien, das weiß auch der Autor, bleiben in seiner Studie außen vor.

Die Arbeit besteht aus zwölf Kapiteln, die sich zunächst chronologisch mit der Entwicklung der sowjetischen Praxis der Aufstandsbekämpfung auseinandersetzen, angefangen mit den Prägungen des Bürgerkriegs bis zur Phase der Kollektivierung der Landwirtschaft in den annektierten Gebieten Ende der 1940er Jahre. Anschließend untersucht St. einzelne Modi und Werkzeuge der sowjetischen Befriedungsstrategie, darunter Zwangsmigrationen und Deportationen, Amnestien, Vernichtungsbataillone, Polizei- und verdeckte Operationen des NKVD sowie die Kirchenpolitik. Abschließend diskutiert er die Überschreitungen der „offiziellen Politik“, d.h. die extreme Brutalisierung des Guerillakampfs und die willkürliche Verhängung von Strafen. In einer ausführlichen Schlussbetrachtung versucht St. sich an einem Vergleich der sowjetischen Praxis mit den Strategien der Nazis, der westlichen Demokratien im Kolonialkrieg sowie der lateinamerikanischen und anderer Diktaturen in Ländern der Dritten Welt.

Ein Problem dieser Studie ist ihre Tendenz zu Simplifizierungen, auch wenn das in vielerlei Hinsicht heterogene Untersuchungsgebiet diese unter Umständen nahe legt. Dadurch verwischen jedoch die Unterschiede des Kampfes gegen die „Nationalisten“ an der Ostsee oder in der West-Ukraine. Etwas schematisch wirkt auch der Versuch des Autors, mittels eines binären Konzepts von Identitäten, die er als „simple“ und „nested“ beschreibt – wobei diese in National-, jene in Vielvölkerstaaten verbreitet gewesen seien –, den Sowjetisierungsprozess zu erklären: Moskau habe versucht, „simple“ Identitäten in „nested“ zu überführen, also eine „sowjetische Identität“ den vorhandenen nationalen und regionalen überzustülpen, um sich der Loyalität der Bevölkerung zu versichern. *Nolens volens* muss Moskau dabei fast als eine modernisierende Kraft erscheinen. Zugleich behauptet St. jedoch mit Recht, dass gerade in den *borderlands* vielfach verschachtelte Identitäten dominiert hätten, versäumt es aber klarzustellen, wie denn die Sowjetisierung dieser Menschen in sein Schema zu pressen wäre (S. 2-5).

Häufig stellen sich bei der Lektüre Fragen der begrifflichen Zuordnung: Waren Zwangsmobilisierte wirklich „collaborators“ (S. 67 f.)? Können paramilitärische Formationen der Zwischenkriegszeit wie z.B. der estnische Kaitseliit (Schutzbund) pauschal als „strongholds of authoritarianism“ bezeichnet werden (S. 38) oder spiegelt sich hier in erster Linie die Lektüre sowjetischer Quellen, in denen der Unterschied zwischen (demokratisch regiertem) National- und autoritärem Staat verwischt ist? St. erläutert, dass es eines der Ziele der Sowjetmacht gewesen sei, nach 1944 einen Bürgerkrieg in den „befreiten“ Gebieten zu entfachen, weshalb der Einsatz der meist aus *locals* bestehenden Vernichtungsbataillone als Erfolg bewertet wird. Dass diese „Lokalbevölkerung“ gerade in den baltischen Staaten oft aus Personen lokaler Herkunft bestand, welche jedoch erst nach 1944 aus der Sowjetunion zurückkehrten und oft kaum ihrer Muttersprache mächtig waren, verschweigt der Autor. Zwar lässt sich dieser Umstand an der sowjetischen Statistik meist nicht ablesen, doch hätte dies Problem zur Sprache kommen müssen.

Auch wenn der Vf. insgesamt der sowjetischen Strategie bei der Bekämpfung des regionalen Widerstands attestiert, lernfähig und gerade auch im Vergleich mit den westlichen Demokratien effektiver gewesen zu sein, ist sein Buch keine Apologie der Mittel und Wege, mit denen Moskau in der Nachkriegszeit seine Macht in den annektierten Gebieten wiederherstellte. Zugleich macht er darauf aufmerksam, dass zumindest teilweise Vertreter der Sowjetmacht für das Überschreiten ihrer Kompetenzen härter bestraft worden seien als etwa französische Einsatzkräfte in Afrika. Dass gerade im sowjetischen Kontext ein erhebliches Maß an Willkür dabei im Spiel war, manch einer für Raub erschossen wurde und manch anderer für dasselbe Vergehen nur einige Tage Arrest erhielt oder straffrei ausging, wird deutlich herausgestellt (siehe die Tabelle S. 302 ff.).

Vor allem in den *Western borderlands* selbst wird St.s Interpretation auf kritische Resonanz stoßen. Dies gilt besonders für seine Kontextualisierung der Deportationen, die in lokaler Perspektive zu den großen Tragödien des 20. Jh. zählen. Für den Vf. ist sowjetische Politik nur vor dem Hintergrund des antizipierten Klassenkampfes zu verstehen, was heute fast schon als Revisionismus erscheint. Allerdings habe sich diesem dominierenden Erklärungsmuster seit den späten 1930er Jahren der Faktor des „ethnic-based decision making“ hinzugesellt (S. 165). Diesen Faktor schließt er jedoch als Motivation für die Deportationen 1941 und in der Nachkriegszeit aus (S. 185). Sie seien ein Vernichtungskrieg gegen die „Kulaken“ gewesen (S. 178), wobei die Bevölkerungen der *borderlands* nicht mehr gelitten hätten als die Menschen in den *old territories* in den 1930er Jahren. Den in den nationalen Historiografien erhobenen Vorwurf des Genozids widerlegt er mit der Gegenthese, dass die „ethnischen Säuberungen“ baltischer Nationalisten im Sommer 1941 viel mörderischer gewesen seien als die Folgen der Deportationen (S. 193). Dies kann zwar nur stimmen, wenn der Holocaust gemeint ist, für den hier allein die *Baltic nationalists* verantwortlich gemacht werden. Demgegenüber ist St. jedoch zuzustimmen, wenn er feststellt, dass das Sowjetregime potenzielle Feinde verbannt, nicht exekutiert hat. Dies widerspricht einer vermeintlichen genozidalen Absicht genauso wie der Umstand, dass der Reproduktion der Deportierten in der Verbannung prinzipiell keine Hindernisse auferlegt wurden. Im weiteren Kontext macht St. zudem darauf aufmerksam, dass junge Männer, die 1939-1941 verbannt wurden, also zu einer Zeit, wo ihre Überlebenschancen weitaus geringer waren als im Falle derjenigen, die in den späten 1940er Jahren deportiert wurden, eine niedrigere Sterbequote gehabt hätten als diejenigen, die in die Rote Armee eingezogen wurden (S. 193). Hätte Moskau wirklich einen Genozid an den Völkern der *Western borderlands* durchführen wollen, so darf man St. verstehen, wären die eingesetzten Mittel extrem ineffektiv gewesen.

Mit St.s Untersuchung liegt die erste überregionale Studie zur sowjetischen Aufstandsbekämpfung in den annektierten Gebieten vor. Auch wenn es keine neue Erkenntnis ist, kann man hier anhand sowjetischer Akten nachlesen, dass der Widerstand gegen die Sowjetisierung in der West-Ukraine und in Litauen am stärksten war. Man wird dem Vf. nicht vorwerfen können, dass er sich mit Anhaltspunkten begnügt, warum dies so war. Wie die

sowjetischen Instanzen darauf reagierten, hat er ausführlich dokumentiert und analysiert. Ab sofort wird sich jede neue Lokalstudie für den größeren Kontext mit St.s Studie beschäftigen müssen.

Tallinn

Karsten Brüggemann

Katarzyna Stokłosa: Polen und die deutsche Ostpolitik 1945-1990. Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen 2011. 606 S., Ill. ISBN 978-3-525-30000-8. (€ 59,95.)

Die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1945 bildeten bereits den Gegenstand zahlreicher Teiluntersuchungen, umso mehr war eine synthetische Darstellung wünschenswert. Diese Aufgabe stellte sich Katarzyna Stokłosa in ihrer an der Universität Potsdam 2010 vorgelegten Habilitationsschrift. Dabei setzt die Autorin für ihre Arbeit richtungweisende Schwerpunkte. Sie möchte vor allem eine Antwort darauf finden, wie es – trotz immenser geschichtlicher Belastungen – zu einer, wie sie sich ausdrückt, Aussöhnung zwischen den beiden Ländern kam. Ihre Untersuchung fokussiert sie auf die Zeit nach 1969, vor allem auf das Wechselspiel zwischen der „neuen Ostpolitik“ der sozial-liberalen Koalition und der Deutschlandpolitik der polnischen Kommunisten. Schließlich strebt St. eine multinationale Perspektive und einen „komparatisch-kontrastiven Zugriff“ an (S. 33). Um Letzteres zu erreichen, recherchierte sie nicht nur in polnischen und deutschen, sondern auch in US-amerikanischen, britischen und russischen Archiven.

Die Darstellung ist chronologisch geordnet. Wird in den ersten Kapiteln wenig Neues angeboten, liefert die Schilderung der bilateralen Beziehungen und des internationalen Kontextes seit 1969 einen spannenden Lesestoff. St. wertet die Politik der herrschenden polnischen Kommunisten aus und sieht in dem damaligen Generalsekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Władysław Gomułka, eine selbstständig handelnde Person, die im Mai 1969 den Anstoß zu den westdeutsch-polnischen Verhandlungen gab (S. 154). Sie schildert die ambivalenten Reaktionen des Westens auf die westdeutsche Ostpolitik (S. 252-285). Nicht selten, insbesondere im Falle Frankreichs, kam darin die Furcht vor einer „Finnlandisierung“ Deutschlands bzw. dessen Abkoppelung vom Westen zum Ausdruck (S. 278).

Einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit bilden die KSZE-Gespräche in Helsinki, darunter die Begegnung zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem polnischen Regierungschef Edward Gierek. Dieser erklärte sein Einverständnis zur Ausreise von 120 000 bis 125 000 Personen deutscher Abstammung. Im Gegenzug sicherte Schmidt die Zahlung einer Pauschale von 1,3 Milliarden DM zur Abgeltung polnischer Rentenansprüche und einen Kredit von einer Milliarde DM zu. Die Autorin lässt unerwähnt, dass diese Abmachung zustande kam, weil der 1970 geschlossene Warschauer Vertrag die Frage der deutschen Minderheiten in Polen nicht präzise genug geregelt hatte. So kommt es, offensichtlich unter dem Eindruck der Aussagen von Zeitzeugen, zu einer massiven Überbewertung des persönlichen Hintergrunds der zwischen Schmidt und Gierek ausgehandelten Verständigung (vgl. S. 340 u. 390).

Seit Mitte der 1970er Jahre, insbesondere nach der Gründung der Gewerkschaft „Solidarność“ im Sommer 1980, gewannen die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Nationen immer mehr an Bedeutung. In diesem Teil wäre eine stärkere Berücksichtigung der Sichtweise der polnischen Oppositionellen, darunter der Polnischen Verständigung für die Unabhängigkeit (Polskie Porozumienie Niepodległościowe) – von St. fälschlicherweise mit „Vereinigung“ übersetzt – und deren Konkurrenzcharakter zur Deutschlandpolitik der herrschenden Kommunisten wünschenswert gewesen. Die Darstellung der Autorin, dass die Bereitschaft der polnischen Kommunisten, sich mit der Opposition an einen „Runden Tisch“ zu setzen und die Macht zu teilen, ohne das Zutun des Westens zustande gekommen sei (S. 490), ist fraglich und steht im Widerspruch zu den Ergebnissen der bisherigen Forschung.

Den Kapiteln wird jeweils eine informationslastige Einführung in die innere Entwicklung Polens vorangestellt. Damit ist ein Problem dieser Arbeit angesprochen – die Einführungen sind allzu detailliert, insbesondere, wenn man bedenkt, dass dem interessierten Leser bereits mehrere Synthesen der polnischen Geschichte im 20. Jh. zur Verfügung stehen. In vielen Fällen weisen die Einführungen auch keinen Bezug zu dem untersuchten Thema auf – oder dieser Bezug wird nicht hergestellt.

Die Literaturliste ist sehr breit, trotzdem fehlen einige relevante Arbeiten, deren Berücksichtigung St. vielleicht dazu bewegen hätte, einige ihrer Thesen zu überdenken. So behauptet sie, zyklisch sich wiederholende soziale Proteste in der Volksrepublik Polen „irritierten“ die westdeutsche Bevölkerung und beeinflussten das Bild von Polen „in eher negativer Weise“ (S. 12 f.; ähnlich S. 31). Dieser Behauptung stehen die Erkenntnisse Robert Żureks über die Rolle der Kirchen bei der deutsch-polnischen Aussöhnung gegenüber.¹ Demnach war für den Abbau von Ressentiments und die einseitige Wahrnehmung Polens durch die Westdeutschen u.a. der Posener Aufstand vom Juni 1956 von zentraler Bedeutung. Obwohl polnische Presseerzeugnisse zu den bevorzugten Quellen der Arbeit gehören, wird die fundamentale Arbeit von Stefan Garsztecki zu diesem Thema nicht einmal erwähnt.² Er war es aber, der den Unterschied zwischen den regimetreuen Blättern, die das Deutschland-Feindbild aus innenpolitischen Zwecken instrumentalisiert hatten, und der unabhängigen Publizistik, die neue Akzente setzte, herausgearbeitet hat.

Insgesamt lässt sich sagen, dass es sich im Fall dieser Arbeit um eine beachtenswerte Leistung handelt. Sie wird jedoch dadurch geschmälert, dass die Vf. über weite Strecken einzelne Forschungsergebnisse referiert, ohne sie miteinander zu verknüpfen.

Berlin

Bernard Wiaderny

¹ ROBERT ŻUREK: Zwischen Nationalismus und Versöhnung: Die Kirchen und die deutsch-polnischen Beziehungen 1945-1956, Köln u.a. 2005.

² STEFAN GARSZTECKI: Das Deutschlandbild in der offiziellen, der katholischen und der oppositionellen Publizistik Polens 1970-1989. Feindbild kontra Annäherung, Marburg 1997.

Piotr Kuroczyński: Die Medialisierung der Stadt. Analoge und digitale Stadtführer zur Stadt Breslau nach 1945. (Urban Studies, Bd. 8.) transcript. Bielefeld 2011. 324 S., 70 Ill. ISBN 978-3-8376-1805-1. (€ 33,-)

Die radikale Zäsur des Jahres 1945 macht Wrocław (Breslau) zu einem spezifischen europäischen Erinnerungsort. Die Stadt wurde zum Fallbeispiel dafür, wie sich eine fremde Bevölkerung eine Stadt kulturell aneignet. Das vorliegende Buch verspricht aber schon in seinem Titel mehr als nur eine Neufassung der Thesen über deutsch-polnische Kulturbeziehungen im Städtebau. Anstatt die Bauarbeiten zu analysieren versucht Piotr Kuroczyński in der hier vorliegenden Neufassung seiner 2009 an der TU Darmstadt verteidigten Dissertation den Diskursen nachzugehen, in denen die Bauarbeiten in den letzten sechzig Jahren in der Öffentlichkeit neu- und umkonstruiert worden sind. Als Quelle entdeckt K. dafür Reiseführer, die in der bisherigen Forschung zu diesem Thema interessanterweise kaum in den Blick genommen worden sind. Allein schon wegen dieser empirisch-methodologischen Innovation lässt sich das Werk aus zukünftigen Literaturlisten über Wrocław nicht mehr wegdenken.

Allein schon der Umfang des erforschten Materials ist eindrucksvoll: „Bei der Suche nach Materialquellen zur Untersuchung der medialen Stadtvermittlung wurden rund 200 Printmedien, 90 Film-/Fernsehbeiträge und 70 Radiosendungen erfasst“ (S. 99). Eine solche Menge an Informationen hätte sogar statistisch aufgearbeitet werden können, aber stattdessen wurde eine sorgfältige qualitative Auswertung gewählt, was sich für die Analyse als Glücksfall erweist. So bleiben die Originaltexte im Buch lebendig und vermitteln den Eindruck, als sei man selbst an der Quellenforschung beteiligt. Auf der anderen Seite

erschwert diese Darstellungsform natürlich einen schnellen, kohärenten Überblick. Deswegen ist es sehr hilfreich, dass in der Einführung die Untersuchungsmethoden sowie der Aufbau des Buches in klar strukturierter Form vorgestellt werden.

Das Buch besteht aus vier Kapiteln. Das erste bietet einen theoretischen Einstieg in solche Themen wie „Architektur und Erinnerungskultur“, Architektur und Darstellungsmedien“ und „der kulturelle Raum von Wrocław“. Die Ausführungen über die Erinnerungsliteratur halten sich an die Klassiker wie Jan und Aleida Assmann, Maurice Halbwachs oder Pierre Nora. Der nächste Kapitelabschnitt „Darstellungsmedien der „Architektur“ ist der am besten gelungene Teil der theoretischen Einführung und recht spannend zu lesen. Die Architektur wird aus Sicht der Informationstechnologien dargestellt. „Jeder Entwurf- und Bauprozess bedarf einer Vielzahl von Darstellungsmedien“ (S. 34), wie Modellen, Sprache, Text, Skizzen, Zeichnungen und Fotografie. Da in der allgemeinen Wahrnehmung die visuellen Medien der Architektur naturgemäß vielleicht näher sind, sind gerade auch die Gedanken über die zwei anderen Medien Sprache und Text lohnenswert: „In [...] sprachlichen Konstruktionen [...] werden die Architektur und der Raum von einer Generation auf die andere übertragen“ (S. 40). „In erster Linie wird der Text in der Architektur eingesetzt, um Architektur und ihre Entstehung in historischer und technischer Hinsicht zu erläutern“ (S. 41). Die Reiseführer kombinieren verschiedene Medien wie Text, Fotografie, Zeichnungen usw., doch eine „allgemeine Tendenz der Verdrängung der Texte durch Bilder ist bei den Reiseführern zu verzeichnen“ (S. 59). Der dritte Abschnitt der Einführung beschreibt den Verlauf des Bevölkerungsaustausches und des Wiederaufbaus von Wrocław.

Das zweite Kapitel beinhaltet die empirische Untersuchung. Zuerst vermittelt K. ein allgemeines Bild von der Medialisierung der Architektur nach 1945 durch Zeitungen, Zeitschriften, Bildbände, Sachbücher und Nachschlagwerke, Literatur, Wettbewerbe und Ausstellungen, Radio, Film und Fernsehen. Allein schon die Vielfalt der Quellen lässt dieses Buch auch als ein Nachschlagwerk für zukünftige Forschungen geeignet erscheinen. Besonders interessant sind die Architekturdebatten in Radiosendungen aus den 1970/80er Jahren, da es sich hierbei um mediale Erzeugnisse handelt, die große Wirkung auf die Gesellschaft auszuüben vermochten, aber bisher nicht aufgearbeitet worden sind.

Danach folgt eine ausführliche Analyse ausgewählter gedruckter Stadtführer und Internetportale. Die Stadtführer ermöglichen eine chronologische Herangehensweise. Für den Zeitraum nach 1945 stellt K. fest: „Als reisepraktische Informationsquelle für Fremde richtet es sich anfangs stark an die eigenen Stadtbewohner“ (S. 143). Eine weitere Spezifik der ersten Nachkriegsjahre bestand darin, dass man die Mitteilungen zur Geschichte überdosierte und die eigentliche Stadtführung, die Routen, vernachlässigte – nur zu verständlich angesichts des Bevölkerungsaustausches einerseits und der in Ruinen liegenden Stadtlandschaft andererseits. Wrocław wurde von Anfang an als ein „wiedergewonnenes“ Kraków (Krakau) dargestellt, vor allem wegen der gotischen Kulturgüter. Eine stärkere Orientierung an der Gegenwart erfolgte erst in den 1970er Jahren. Ein Stadtführer von 1972 wies schon „rund ein Drittel der 33 Nummern Neubauten“ zu (S. 187). Den Zeitraum 1960-1990 bezeichnet der Autor als Phase der „modernen Aneignung“, die die Phase der „fundamentalen Aneignung“ der Nachkriegsjahre abgelöst habe. Der Zeitraum nach 1990, in dem Online-Stadtführer immer mehr an Bedeutung gewinnen, wird als „bürgerliche Aneignung“ gekennzeichnet (S. 262).

Diese Dreiteilung findet sich im dritten Kapitel wieder, wo K. seine Thesen bereits zusammenfasst und Print- und Internetstadtführer miteinander vergleicht. Ein sehr überraschendes Ergebnis des Vergleichs besteht darin, „dass zwei von drei Vertretern aus dem Netz in ihrem Vermittlungsansatz eine simple Übernahme der gängigen Formate aus dem Druckzeitalter darstellen“ (S. 280). Der Autor verwendet für diese Erscheinung die sehr bildhafte Bezeichnung „digitale Papyrusrolle“ (ebenda), die es verdient hätte, in ein Fachwörterbuch der Internetmedien-Forschung aufgenommen zu werden. Bezüglich der Inhalte stellt K. fest, dass der „Historiker-Stadtführer, der ehemals als ein Muster der Aneignung

aufgezeigt wurde, [...] einem auf Sensation ausgerichteten neuen Modell“ gewichen sei (S. 282).

Im letzten Kapitel werden die zukünftigen Möglichkeiten der Digitalisierung von Stadtführern aufgezeigt. Die Internet- und die Handytechnologie lassen die Grenze zwischen Architektur als Objekt und medialisierter Architektur immer fließender werden. Zeitreisen mit dreidimensionalen Bildern eröffnen neue Wege für Kulturreisen (S. 294): Nicht mehr existierende Gebäude können dann vor Ort leicht auf den Bildschirm heruntergeladen und mit dem aktuellen Zustand der Stadtlandschaft verglichen werden. Virtuelle Zeitreisen, die bisher eher Fachleuten vorbehalten waren, könnten in Zukunft also jedermann zugänglich sein. Die neuen 3D-Technologien haben ihre Möglichkeiten noch längst nicht ausgeschöpft, aber nur, wenn die Bürger selbst aktiv an Digitalisierungsprojekten teilnehmen, wie der Erfolg der Online-Plattform Hydral¹, „die zur ersten Adresse gehört, wenn man sich für Breslau interessiert“ (S. 230), unter Beweis gestellt hat.

K. ist es gelungen ein Buch zu verfassen, das künftig selbst zu den bevorzugten Titeln gehören wird, wenn man sich mit der kulturellen Aneignung von Wrocław vertraut machen möchte. Seine Ergebnisse sind aber nicht nur für die Stadtgeschichtsschreibung interessant. Die Gegenüberstellung von analogen und digitalen Stadtführern eröffnet Möglichkeiten für weitere Forschungen, die sich allgemeinen Prozessen der Raumnutzung und Raumwahrnehmung widmen. Die Internetseiten, die eine „räumliche und inhaltliche Fragmentierung der Stadtvermittlung“ (S. 279) verwirklichen, werden unsere Vorstellungen von Stadt und Stadtstruktur gänzlich überschreiben. Die Frage, wie dieser Prozess ablaufen wird, bietet Raum für weitere Forschungen.

Vác

Tamáská Máté

¹ Den Betreibern der Plattform zufolge ist Hydral „ein virtuelles Album zum alten, verschwundenen und unbekanntem Breslau. [...] Ende des Jahres 2008 werden rund 250.000 Bilder gezählt“ (S. 230), URL: www.dolny-slask.org.pl (22.3.2013).

The Baltic Sea Region and the Cold War. Hrsg. von Olaf Mertelmann und Kaarel Piirimäe. Lang, Frankfurt am Main 2012. 291 S. ISBN 978-3-631-62310-7. (€ 50,-.)

Der Ostseeraum als Ort des Ost-West-Konflikts ist im Gegensatz zu anderen Weltregionen wie dem Pazifik oder dem ost- und mitteleuropäischen Festland weit weniger gut erforscht. Das gilt besonders für seine Bedeutung als Kontakt- und Konfliktzone der regionalen Mächte und ihrer Verbündeten. Das Verdienst des Sammelbands von Olaf Mertelmann und Kaarel Piirimäe ist es, zu diesem Bereich ein breites Spektrum von Beiträgen auf Englisch zu präsentieren, die zu einem großen Teil Grundlagenarbeit leisten und vielfach bisher unbearbeitete Quellenbestände auswerten.

Der aus einer Tagung in Tartu von 2010 hervorgehende Band unternimmt nicht den Versuch, die heterogenen Beiträge in Unterkapiteln zu bündeln. Im Vorwort umreißen die Hrsg. das Themenspektrum des Bandes: So geht es um die These, dass der Kalte Krieg mit der sowjetischen Annexion der baltischen Staaten 1940 begann (S. 8, zu Kari A l e n i u s), dass Stalins kompromisslose Haltung gegenüber Briten und Amerikanern die rechtliche Anerkennung der sowjetischen Besetzung des Baltikums dauerhaft verhinderte (S. 8, zu Eero M e d i j a i n e n), bis hin zur Einschätzung des Nutzens von Spionagebemühungen (S. 10, zu Sigurd H e s s). Historiker, (ehemalige) Angehörige der Streitkräfte und Mitarbeiter von Verteidigungsministerien aus den USA, Skandinavien, den baltischen Staaten, Polen sowie dem European University Institute in Florenz widmen sich vielfältigen Themen vom Umgang mit der sowjetischen Periode in lettischen Autobiografien (Martins K a p r a n s) bis zur taktischen Allianz estnischer Exil-Diplomaten mit der Volksrepublik China (Vahur M a d e).

Vier der ersten Beiträge widmen sich dem Beginn der sowjetischen Besetzung in den baltischen Staaten und der Reaktion darauf aus den USA, Westeuropa und Finnland. Gestützt auf die publizierten Dokumente der Foreign Relations of the United States (FRUS) erzählt Alienus in konservativem Stil vom „Krieg der Worte“ zwischen den USA und der UdSSR im Kampf um die Deutung der sowjetischen Annexion der baltischen Staaten in den Jahren 1939-1941. Die einseitige Quellenauswahl, die eher für eine Wahrnehmungs- und PR-Geschichte aus der Sicht des diplomatischen Personals der USA taugt, führt hier leider zu einer recht einseitigen Betrachtung des komplexen Geschehens und der kommunikativen Prozesse.

Diesem Dilemma entgeht Medijainen, dessen Beitrag sich chronologisch anschließt. Er berichtet von der US-Politik im Umgang mit der sowjetischen Besetzung der baltischen Staaten im Zeitraum zwischen 1940 und 1945, indem er außer den FRUS und vielen anderen amerikanischen publizierten Dokumenten auch russisch- und estnischsprachige Materialien heranzieht. Zudem argumentiert er stärker akteursbezogen und kommt zu dem Schluss, dass es am Ende schlimmer hätte kommen können: Zwar ließen sich Roosevelt und seine Berater vom Prinzip Hoffnung leiten, dass ihre faktische Anerkennung der sowjetischen Annexion der baltischen Staaten die UdSSR zu einer Unterstützung des Kriegs der USA gegen Japan motivieren könnte, doch eine offizielle Anerkennung versagten sie immerhin (S. 61 f.).

Piirimäe erklärt in seinem Beitrag die exemplarische Stellung der baltischen Staaten innerhalb der insgesamt ungelösten Frage nach Europas Zukunft nach dem Zweiten Weltkrieg. Auf der Basis von Dokumenten aus estnischen, britischen und amerikanischen Archiven erläutert er, dass der Kalte Krieg die Befürworter baltischer Unabhängigkeit zu Hoffnungen veranlasste, die Westmächte würden sie, die so oft übersehen wurden, im westlichen „Kreuzzug gegen den Kommunismus“ quasi als Nebeneffekt von der sowjetischen Besetzung befreien (S. 66 f.).

Von einer besonderen Beziehung Finnlands zu den sowjetisierten baltischen Staaten berichtet Made. Finnland verweigerte es bis 1991, zum Status der baltischen Länder Position zu beziehen (S. 133). Bereits 1964 besuchte der sowjetfreundliche finnische Präsident Urho Kekkonen Estland und öffnete damit den Weg zu vergleichsweise intensiven, wenn auch auf den bilateralen Bereich konzentrierten Ost-West-Beziehungen. Mithilfe von Materialien des finnischen Außenministeriums analysiert Made zudem detailliert die Kommunikationstechnik finnischer Diplomaten in der UdSSR.

Der Frage, wie sich estnische Exilorganisationen positionierten und ihren Anliegen Gehör zu verschaffen suchten, gehen Pauli Heikkilä, Lars Fredrik Stöcker und Vahur Made nach. Heikkilä arbeitet v.a. auf der Grundlage von Dokumenten der Archive des estnischen National Council in Stockholm und schreibt, es bleibe unklar, inwieweit auch entsprechende lettische oder litauische Materialien existierten (S. 101). Sein mit nützlichen biografischen Hinweisen versehener Beitrag zeigt, wie gleich zwei „baltische Deklarationen“, wohl spontan und unabhängig voneinander, entstanden (S. 91). Stöcker wertet ähnliche Materialien zusätzlich zu einer beeindruckenden Fülle von Literatur in vielen Sprachen der Ostseerainer aus. Er sieht die estnischen Exilanten in Schweden in einer zunehmenden Selbstisolation gefangen, selbst in diesem anti-sowjetisch eingestellten „neutralen“ Land.

Ein Allianzinteresse besonderer Art untersucht Made in seinem zweiten Beitrag. Gemäß dem Grundsatz „Der Feind meines Feindes kann mein Partner werden“ gaben sich die Exilanten aus den baltischen Staaten fast durchgängig als pro-chinesisch, seit sich der Antagonismus zwischen Peking und Moskau abzeichnete. 1991 erkannten die unabhängig gewordenen baltischen Staaten die Volksrepublik China an, um sich im Gegenzug deren Unterstützung zu sichern (S. 178).

Zwei Beiträge sind der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte gewidmet: Die sozialen Kosten der sowjetischen Herrschaft im Baltikum errechnet Mertelsmann am Beispiel der estnischen Sowjetrepublik. Eine Gegenüberstellung estnischer und sowjetischer Archivmaterialien

lien – u.a. der Planungsbehörde Gosplan – zeigt zum einen, dass Investitionen, die als „industriell“ deklariert wurden, häufig versteckte Militärausgaben waren. Zum anderen kann M. auf estnischem Gebiet hohe Mortalitätsraten und eine dramatisch sinkende Lebenserwartung für die frühen Nachkriegsjahre nachweisen, die vor allem auf Unterernährung zurückzuführen waren. Die Handelsbeziehungen zwischen der UdSSR und Finnland sind Thema des Beitrags von Virpi Kaisto. Er betont insbesondere die Lernerfahrung des Managements bei der 1972 gegründeten finnisch-sowjetischen Kooperative Finn-Stroj um die grenznahe Svetogorsker Papiermühle.

Bemerkenswert ist der Beitrag von Kim Frederichsen, der die Auswirkungen der ambitionierten, letztlich aber eher fruchtlosen sowjetischen Propagandabemühungen in Dänemark beschreibt: Moskau-nahe Organisationen schafften es, mithilfe individueller Initiative aus Dänemark, die Moskauer Perspektive auf die Sowjetisierung des Baltikums in dänischen Schulbüchern zu verankern (S. 199).

Strategisch-militärische Themen nehmen die Beiträge von Hess, Pierre-Frédéric Weber und James G. Connell Jr. auf. „Intelligence mattered“ ist das Fazit von Hess zum Spionagekampf in der Ostseeregion (S. 237), das sich auf veröffentlichte und eigene Insiderinformationen des Konteradmirals i.R. aus der Bundesrepublik Deutschland stützt. Er stellt fest, dass trotz der zum Teil wertvollen Datensammlungen auf westdeutscher Seite viele Informationen nicht adäquat genutzt oder falsch ausgelegt wurden. Weber zeigt v.a. anhand publizierter Quellen, wie Stettins Bedeutung als Kontaktzone von der „goldenen Zeit“ von 1840 an nach fast hundert Jahren durch die scharfen Grenzen des Ost-West-Konflikts gebrochen wurde. Geografisch etwas aus dem Rahmen fällt Connells Beitrag, der sich mit den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen rund um Vermisste aus Aufklärungsflügen weltweit befasst. Nur am Rande geht es dabei auch um die Ostsee. Er beschreibt die intensivierten Bemühungen seit 1991, auf bilateraler Ebene die Aufklärung um abgeschossene Maschinen und vermisste Besatzungen voranzutreiben. Schließlich gibt Kaprans Einblick in die diskursiven Strategien lettischer Autorinnen und Autoren von Autobiografien, mit dem sowjetischen Abschnitt ihres Lebenswegs umzugehen. Im Ergebnis zeigt die Auswertung der etwa 200 zwischen 1991 und 2008 entstandenen und den Auswahlkriterien entsprechenden Texte, dass die Normalisierung der sowjetischen Alltagserfahrungen gerade von solchen Autoren und Autorinnen, die sich nicht als Opfer des Systems sahen, die häufigste Strategie war, diesen Zeitraum in das eigene Leben zu integrieren. Viele ignorierten schlicht, dass Mitläufertum in der Zeit, in der sie schrieben, also nach 1991, stigmatisiert wurde (S. 276). Der bisher so benannten „emanzipierten Repräsentation“ möchte Kaprans daher die Strategie einer „pragmatischen Repräsentation“ entgegenzusetzen (S. 262).

Der Sammelband vereint viele lesenswerte Beiträge. Einige lassen sich ohne weiteres untereinander in einen Zusammenhang bringen, andere bleiben unverbundene Einzelstücke. Ein multiarchivischer und -perspektivischer Ansatz ist den vielen guten Beiträgen gemein. Auf der Basis solcher und weiterer Einzelstudien ließen sich größere Linien und Vergleiche in der Politik-, Militär-, Diplomatie-, Kultur-, Wirtschafts-, Sozial- und Mentalitätsgeschichte der Ostseeregion im Kalten Krieg ziehen und noch stärker mit aktuellen Konzepten analysieren.

Düsseldorf – Marburg

Ragna Boden

Nie mehr eine Politik über Polen hinweg. Willy Brandt und Polen. Hrsg. von Friedhelm Boll und Krzysztof Ruchniewicz. (Willy-Brandt-Studien, Bd. 4.) Dietz. Bonn 2010. 336 S., Ill. ISBN 978-3-8012-0407-5. (€ 32,-)

„Durfte Brandt knien?“. Der Kniefall in Warschau und der deutsch-polnische Vertrag. Eine Dokumentation der Meinungen. Hrsg. von Alexander Behrens. Dietz. Bonn 2010. 150 S. ISBN 978-3-8012-0404-4. (€ 14,90.)

Der unbedingt zu begrüßende Sammelband von Friedhelm Boll und Krzysztof Ruchniewicz präsentiert Aufsätze, die eine bislang vernachlässigte Periode der deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jh. beleuchten – die 1960er Jahre. Während die Forschung, insbesondere in Polen, nach wie vor primär den Zweiten Weltkrieg sowie die unmittelbare Nachkriegszeit¹ thematisiert, eröffnet gerade das erwähnte Jahrzehnt die Perspektive auf eine mutmaßliche Wende, die sich hinter den Kulissen der großen Politik vollzog.

Als eine Art Pendant kann man die von Alexander Behrens herausgegebene Dokumentation der Kommentare zum Warschau-Besuch Willy Brandts im Dezember 1970 ansehen. Allerdings sollte sein Werk, im Fall einer Neuauflage oder Übersetzung, um polnische bzw. internationale Pressestimmen ergänzt werden. Derartige Quellen führt der Hrsg. zwar punktuell in seinem Vorwort an, weckt damit aber eher Neugier auf das Spektrum möglicher Reaktionen in der Volksrepublik sowie (noch wichtiger!) im polnischen Exil. Als ein wichtiges Manko der ansonsten sorgfältig edierten Schriften sind leider zahlreiche Tippfehler zu erwähnen, unter denen die Glaubwürdigkeit der zitierten Quellen leidet. Dennoch öffnet sich ein breites Panorama an vielfältigen Reaktionen, die von den Stellungnahmen der deutschen Opposition über den Wortlaut des Warschauer Vertrags vom 7. Dezember 1970 und offizielle Verlautbarungen der beiden Regierungen bis hin zu Presseberichten und Rundfunkkommentaren reichen.

Der wichtigste Verdienst des Bandes liegt in der Annäherung an die Sprache, die Metaphorik und den Tonfall jener öffentlichen Debatte am Rhein, die von den heutigen Normen weitgehend abweichen. Noch hatten sich in den deutsch-polnischen Beziehungen z.B. Worte wie „Versöhnung“ und „Europa“, die heute allgegenwärtig sind (und häufig genug missbraucht werden), kaum durchgesetzt. Dagegen tauchten regelmäßig Begriffe wie „Verlust“ und „Verrat“ auf, sogar explizite Drohungen an die deutsche Delegation und den Kanzler selbst, die von der Gewaltbereitschaft mancher Kreise zeugten. Einmalig sind die Einblicke in die Wahrnehmungsweise der Volksrepublik Polens durch deutsche Berichtserstatter, die mit der grauen Realität des realen Sozialismus konfrontiert wurden. Nicht alle Pressevertreter waren daran interessiert, die immensen politischen Spannungen abzubauen, und scheuten nicht vor einer krassen Kontrastierung zurück, wohl in der Absicht, ein breites Publikum zu erreichen. So zieht sich durch fast alle Texte wie ein roter Faden das Motiv einer luxuriösen Kulisse bei Willy Brandts Besuch in Polen. Detailliert beschrieben werden die Sektempfänge, die üppigen Menüs, die Begleitung durch die Ehrengarde der polnischen Armee. Eine solche Akzentsetzung mutet zwar eigenartig an, entsprach jedoch genau der weit verbreiteten Ablehnung von Brandts Politik in seiner Heimat.

Auffallend viele Kommentatoren interessierten sich für die barocke Architektur, die als ein – wohl unerwarteter – Hintergrund des gesamten Warschaubesuchs fungierte. Die Schilderungen des Radziwiłł- und des Wilanów-Palais zeugen von der Verblüffung der deutschen Medienvertreter über den Wiederaufbau der doch eigentlich hoffnungslos zerstörten polnischen Hauptstadt einerseits und über die unerwarteten Spuren der Aristokratie in einem kommunistischen Land andererseits. Eine Rolle spielte wohl auch die Suche der Westeuropäer nach eventuellen Verbindungslinien Polens mit dem abendländischen Kulturkreis, wodurch die Beschlüsse von Jalta hinterfragt werden sollten. Eine besondere Note verleiht der Dokumentation die von allen Kommentatoren empfundene Spannung zwischen dem totalitären, von der Zensur gezeichneten Polen und der pluralistischen Bundesrepublik, wo eine politische Auseinandersetzung über den Sinn der Ostverträge möglich war. Den höchst emotionalen Grundton belegt beispielhaft ein mit „Requiem“ betitelter

¹ MARCIN ZAREMBA: *Wielka trwoga. Polska 1944-1947. Ludowa reakcja na kryzys* [Die große Angst. Polen 1944-1947. Die volkspolnische Reaktion auf die Krise], Warszawa 2012.

Artikel aus der *Berliner Morgenpost*, in dem der *Stern*-Chefredakteur Henri Nannen als ehemaliger Nationalsozialist und der polnische Parteichef Władysław Gomułka als „Organisator der Vertreibung von Millionen Ostdeutschen“ (S. 79) bloßgestellt werden. Mit der Hervorhebung derartiger Umstände wollte man „die Versöhnungsqualität des Vertrages“ (S. 79) unterstreichen.

Der außerordentliche Umfang und die Zusammensetzung der Delegation Brandts bildeten ebenfalls ein wichtiges Motiv in der Berichterstattung. In einem der bei Behrens angeführten Kommentare wird an die heftige Kritik an einigen Delegierten erinnert, inklusive so namhafter Osteuropakenner wie Klaus Mehnert, der sogar Morddrohungen erhielt.² Dagegen gewährt der Schriftsteller Siegfried Lenz wichtige Einblicke in die Pläne zur Umsetzung der angestrebten deutsch-polnischen kulturellen Annäherung. Nachdenklich stimmt in diesem Zusammenhang der Brief von Marion Dönhoff an Brandt, wo sich die spätere Befürworterin des Verständigungsprozesses für ihre Unfähigkeit, an der Polenreise teilzunehmen, entschuldigt. Ein großer Verdienst der Dokumentation liegt gerade in der Präsentation solcher differenzierter Meinungsäußerungen, die sich aus der heutigen Perspektive nur schwer nachvollziehen lassen. Wer hätte geahnt, dass noch im Jahre 1970 die Kommentatoren von den „Volksdeutschen“ in Polen schrieben, ohne ein einziges Mal den Begriff „deutsche Minderheit“ zu verwenden?

Es liegt auf der Hand, dass die Dokumentation des berühmten Kniefalls einer breiteren Kontextualisierung bedarf; diese hat der Dietz Verlag gleich selbst in die Hand genommen. Man kann nicht alle Beiträge der auf einer Tagung im Jahre 2007 versammelten hochkarätigen Gruppe von Historikern besprechen, darunter so profilierte Deutschlandexperten wie Wanda Jarząbek, Ruchniewicz und Adam Krzemiński. Besonders Jarząbek, die in ihrem Beitrag über die deutsche (neue) Ostpolitik aus polnischer Perspektive, 1966-1972, jüngst entdeckte Archivalien berücksichtigt, erweist sich einmal mehr als bewährte Spezialistin für dieses Themenfeld. Wie sie selbst konzediert, konzentriert sie sich jedoch nur auf die Reaktionen der polnischen Parteiführung und muss so wichtige Bereiche wie die Meinungen der gesellschaftlichen Gruppen, der politischen Opposition und der Kirche ausklammern.

Der Artikel von Dominik Pick ist besonders hervorzuheben. Ihm gelingt es auf Basis seiner kürzlich abgeschlossenen Dissertation die gesellschaftlichen Kontakte zwischen Polen und der Bundesrepublik in den 1970er Jahren zu erfassen. Seine Ausgangsthese, dass in dem betreffenden Zeitraum gesellschaftliche Kontakte unabhängig von der Politik gewesen seien, ist allerdings problematisch. Selbst wenn es zutreffen mag, dass das Engagement einfacher Bürger den starren organisatorischen Rahmen relativ rasch sprengte und die staatlichen Vorgaben weitgehend ignoriert wurden, so lässt sich wirkliche politische Neutralität vor dem Hintergrund des bankrottierenden realen Sozialismus der Gierек-Ära nur schwer vorstellen. Jedenfalls schildert Pick überzeugend die veränderten Prämissen der deutschen Kulturpolitik, die auf nachhaltige, praxisorientierte Kontakte anstelle der Präsentation eigener Leistungen setzte. Präzise arbeitet er die Streitfälle heraus, die teilweise, wie im Falle der Schulbücher, bis heute nicht vollständig gelöst sind. Pick versucht die Kontakte, deren Zahl sprunghaft anstieg, anhand der äußerst unterschiedlichen Beweggründe für die Reisen zu systematisieren. Aufgrund der geringen Bedeutung Polens für die Bundesrepublik waren oft Einzelpersonen oder informelle Gruppen für die Gründung so tragfähiger Initiativen wie z.B. der Lindenfesler Gespräche 1964-1979 verantwortlich. Äußerst wichtig ist die Darstellung der Städtepartnerschaften, die Bremen und Danzig (Gdańsk), Erlangen und Mielec sowie Kiel und Gdingen (Gdynia) verbanden. Pick geht dabei nicht näher auf die Tatsache ein, dass die erwähnten polnischen Städte sich innerhalb weniger Jahre zu Hochburgen der Opposition entwickelten. Es erscheint vielversprechend,

² Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8.12.1970.

den Städtepartnerschaften als möglicher Inspirationsquelle nachzugehen, so wie im Falle der Hafenstädte bezüglich ihrer breiten Handelskontakte bereits geschehen. Pick weist zu Recht auf die Bemühungen der polnischen Regierungsseite um Sachlichkeit der Kontakte hin, d.h. um wirtschaftliche Zusammenarbeit ohne ideologische Annäherung. Entgegen seiner Anfängsthese von der Neutralität der gesellschaftlichen Kontakte zitiert er selbst Beispiele für eine vollständige Überwachung mancher Bereiche des Jugendaustausches. Das Gleiche gilt für die wissenschaftliche Zusammenarbeit, wo die Feststellungen Picks im Lichte der neuesten Forschung teilweise relativiert werden müssen.³ Der Freiraum der polnischen Wissenschaft erwies sich oft als trügerisch und die polnischen Stipendiaten in der Bundesrepublik verschwanden vermutlich nur im Lichte der uns heute zugänglichen Quellen aus dem Blickfeld der polnischen Behörden. Selbstverständlich war das Ausmaß ihrer Infiltrierung nicht mit den 1960er Jahren zu vergleichen, aber die Eigenart gerade der Kontakte von Geisteswissenschaftlern bedarf noch einer gründlichen Analyse. Ähnliches gilt für die Rolle der sog. „Reformkommunisten“ mit Mieczysław Rakowski an der Spitze, die eine gemeinsame Sprache mit den deutschen Sozialdemokraten fanden.

Zusammenfassend kann man sagen, dass zwei Bände vorliegen, die als ein Mittel gegen den „Versöhnungskitsch“ (Klaus Bachmann) betrachtet werden können, indem sie das Spektrum ablehnender Gesten Nachkriegsdeutschlands dem östlichen Nachbar gegenüber vor Augen führen. Erst vor diesem Hintergrund werden die Herausforderungen sichtbar, vor denen Menschen stehen, die ernsthaft um eine Verständigung bemüht sind. Von entscheidender Bedeutung ist dabei die Erkenntnis, dass die Wurzeln der besagten Annäherung und ihre mannigfaltigen Formen bereits vor 1989 entwickelt wurden und somit nicht außer Acht zu lassen sind. Von einer Übersetzung des Bandes von Boll und Ruchniewicz ins Polnische ist auszugehen⁴, und Gleiches wäre der Edition von Behrens zu wünschen. Nur auf einer soliden Quellengrundlage können weitere Forschungen im Bereich des deutsch-polnischen Beziehungsgeflechtes gedeihen.

Wrocław

Krzysztof Źarski

³ WOJCIECH KUNICKI, MAREK ZYBURA (Hrsg.): Germanistik in Polen. Zur Geschichte einer literaturwissenschaftlichen Auslandsgermanistik in Polen. 18 Porträts, Osnabrück 2011.

⁴ Ein anderer wichtiger Band unter Bolls Beteiligung liegt bereits in einer polnischen Fassung vor. Vgl. FRIEDHELM BOLL, WIESŁAW J. WYSOCKI u.a. (Hrsg.): Pojednanie i polityka. Polsko-niemieckie inicjatywy pojednania w latach sześćdziesiątych XX wieku a polityka odprężenia, Warszawa 2010; deutsche Fassung: Versöhnung und Politik. Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen der sechziger Jahre und die Entspannungspolitik, Bonn 2009.

Mathias Wagner: Die Schmugglergesellschaft. Informelle Ökonomien an der Ostgrenze der Europäischen Union. Eine Ethnographie. transcript. Bielefeld 2011. S. 374. ISBN 978-5-8376-1775-7. (€34,-)

Zwei benachbarte Gemeinschaften verhalten sich immer wie kommunizierende Gefäße. Bei den geringsten Unterschieden (gerade bei Preisen und Versorgung) reicht ein Spalt in der Grenze, damit zwischen ihnen ein – oft inoffizieller – Austausch beginnt. Für die Schmuggelwirtschaft an den polnischen Grenzen interessierten sich lange Zeit in erster Linie Zoll und Polizei; erst durch die Wende am Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre wurde es möglich, dass sich auch Soziologen, Anthropologen und Historiker mit ihr befassten. Anfangs richteten sie (u.a.) ihr Augenmerk auf die Westgrenze, wo das Gefälle

– und damit auch der Transfer von Menschen und Waren – am größten war.¹ Das Interesse für die Ostgrenze nahm zu, als sie 2004 zur Außengrenze der Europäischen Union wurde – mit allen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Konsequenzen.

In den Jahren 2005–2008 untersuchte eine Gruppe deutscher und polnischer Wissenschaftler im Rahmen des Projekts „Grenze als Ressource: Kleinhandel in der Armutsökonomie an der neuen EU-Außengrenze zwischen Nordostpolen und dem Bezirk Kaliningrad“, das die Volkswagenstiftung finanzierte, die inoffizielle Wirtschaft an der Grenze zur Russischen Föderation (Oblast Kaliningrad). Der Bielefelder Ethnologe Mathias Wagner befasste sich mit der Grenzstadt Sępopol (Schippenbeil) in Masuren, die Feldforschung führte er 2005/06 durch. Er hat dabei eine gute Wahl getroffen – einerseits erleichterte die bescheidene Größe von Stadt und Gemeinde die Analyse, andererseits war Schmuggel aufgrund der selbst für die Ostgrenze hohen Arbeitslosigkeit (2002: 37 Prozent) hier ein Massenphänomen.

Feldforschung, teilnehmende Beobachtung und Interviews sind oft subjektive Methoden. Wenn man jedoch das richtige Instrumentarium anwendet, können sie hilfreich sein, um die untersuchten Mechanismen und Prozesse zu verstehen. Wenn es auch etwas paradox klingt, so war die „Fremdheit“ des Autors in diesem Fall ein Vorteil. Als Mensch von außen bewahrte er sich einen scharfen Blick und erkannte Details, die einheimischen Beobachtern oft entgangen wären. Außerdem war er für die dortigen Bewohner eine „neutrale Person“, stellte keine Konkurrenz oder Bedrohung dar. Dies war insofern entscheidend, als der Schmuggel, obwohl er von der lokalen Gemeinschaft akzeptiert wird (in den Gesprächen wurde dieser negative Begriff „Schmuggel“ durch „Handel“ ersetzt), ein offensichtlicher Rechtsbruch bleibt. Dem deutschen Ethnologen gelang es, soviel Vertrauen zu gewinnen, dass er die Bewohner bei ihren Grenzübergängen begleiten konnte.

Der Autor bewegt sich auf den Spuren von Erving Goffmans *Wir alle spielen Theater*. Bevor er die wichtigsten Personen, Szenen und Kulissen beschreibt, stellt er den Hintergrund dar, vor dem das „Theater“ stattfindet. Er führte eine soziale und wirtschaftliche Analyse Sępopols, der Einnahmen und Ausgaben der Einwohner, ihres Konsums und ihrer Überlebensstrategien durch. In der Kleinstadt, die sicherlich kein Gewinner der Transformation war, ist diese Palette begrenzt. Wer nicht mobil und kreativ genug ist, um woanders sein Glück zu versuchen, dem bleibt nur die wenig einträgliche Schwarzarbeit – oder der etwas ertragreichere Kleinhandel und Schmuggel.

Akteure in dem von W. beschriebenen Theater sind sowohl Schmuggler als auch Zollbeamte. Letztere bezieht er in seine Untersuchung mit ein, konzentriert sich aber auf die Ersteren. Und er versucht, ihre Motivation und die Bedingungen, unter denen sie Schmuggel betreiben, zu verstehen (und zu kategorisieren). Die Teilhabe an diesem Geschäft bedeutet oft den Verlust des bisherigen gesellschaftlichen Status und den Abstieg auf eine niedrigere Position. W. unterscheidet fünf Typen der Beteiligung: 1. „eigenständige“ Akteure, die über ein eigenes Auto verfügen; 2. „Freiberufler“, die auf eigene Faust handeln, aber öffentliche Transportmittel benutzen; 3. geschlossene „Kollektive“, die gemeinsam z.B. einen Bus „chartern“; 4. „Unternehmer“, die mehrere Autos und Busse besitzen und im großen Stil im Geschäft sind. Dieser vierte Typus bringt es mit sich, dass eine an Zahl nicht geringe fünfte Gruppe von „Tagelöhnern“ bereitsteht, die für diese Unternehmer tätig sind.

Der Autor gibt einen faszinierenden Einblick in die illegale Kleinwirtschaft, erliegt aber nicht der Versuchung, billige Sensationen darzustellen. Viel Raum verwendet er auf die

¹ URSULA WEBER: Der Polenmarkt in Berlin. Zur Rekonstruktion eines kulturellen Kontakts im Prozeß der politischen Transformation Mittel- und Osteuropas, Neuried 2002; MALGORZATA IREK: Der Schmugglerzug Warschau – Berlin – Warschau. Materialien einer Feldforschung, Berlin 1998.

Beschreibung sowohl des Sortiments (das übrigens sehr bescheiden ist – Zigaretten, Alkohol, Benzin, Zucker) und der Schmuggelmethoden (Verstecken, Transport usw.) als auch der Begleiterscheinungen wie Korruption, Konkurrenz und Gewinnmargen. Er unterscheidet mehrere Profiteure: jene, die Schmuggel wie einen Beruf betreiben, über Gelegenheitschmuggler bis hin zu indirekten Nutznießern, z.B. Behördenvertretern, die ein Auge zudrücken, weil so die soziale Fürsorge entlastet wird oder weil lokale Kaufleute durch die stärkere Kaufkraft der Einwohner höhere Gewinne erzielen.

W. konzentriert sich auf die polnische „Schmuggelgesellschaft“ und schaut nicht auf ihr Spiegelbild jenseits der Grenze, ohne das sie nicht bestehen könnte. Das ist schade, zumal dies sicherlich keine Forschung in ähnlichem Umfang erfordert hätte. Es hätte gereicht, amtliche Quellen, die Presse oder (nach dem Vorbild von Historikern oder Soziologen) analoge Beispiele hinzuzuziehen. Denn die polnisch-russische Grenze ist nicht die einzige, die das Interesse der Wissenschaft geweckt hat. Seit einigen Jahren wird die Grenze mit der Ukraine unter dem Aspekt des Schmuggels untersucht. Zu diesem Thema haben u.a. Abel Polese und eine polnisch-ukrainische Forschergruppe von der Warschauer Universität publiziert. Von Bedeutung wären für W. vor allem die Ergebnisse dieser Gruppe gewesen.² Wenn Historiker zweifellos mehr Fragen stellen sollten, so sollten Ethnografen gewiss mehr lesen.

W.s Buch ist nicht nur für Ethnografen interessant, sondern auch für Soziologen und Historiker. Im Prinzip hat es auch schon Quellenwert, denn ein Jahr nach W.s Feldforschung in Sępopol ist Polen dem Schengen-Raum beigetreten, wodurch sich das Schmuggeltheater ganz erheblich verändert hat. Sicher ist, dass das Quellenmaterial für die Forschung auf lange Zeit ausreichen wird.

Warszawa

Jerzy Kochanowski

² MAGDALENA ZOWCZAK (Hrsg.): Na pograniczu „nowej Europy“. Polsko-ukraińskie sąsiedztwo [An der Grenze des „Neuen Europa“. Die polnisch-ukrainische Nachbarschaft], Warszawa 2010.

20 Years after the Collapse of Communism. Expectations, Achievements and Disillusions of 1989. Hrsg. von Nicolas Hayoz, Leszek Jesień und Daniela Koleva. (Interdisciplinary Studies on Central and Eastern Europe, Bd. 9.) Lang. Bern – Berlin 2011. 679 S., Ill., graph. Darst. ISBN 978-3-0343-0538-9. (€ 54,50.)

Der vorliegende Tagungsband beinhaltet die Beiträge des 10. Eastern European Day des Interfaculty Institute for Central and Eastern Europe, der im Herbst 2009 an der Universität Fribourg (Schweiz) stattgefunden hat. Mit dieser Veranstaltung wollte man eine Bilanz der Transformationsprozesse in Ost- und Mitteleuropa 20 Jahre nach dem Zusammenbruch des Kommunismus ziehen. Auch wenn der Begriff „Transformation“ im Titel fehlt, wird er in mehreren Aufsätzen auf seine Relevanz und Legitimität hinterfragt. Christian Giordano schlägt vor, in Ost- und Mitteleuropa nicht von Transformationsprozessen, sondern von „postkolonialen Prozessen“ (S. 290) zu sprechen. Maciej Urbanowski argumentiert ähnlich, wenn er in Anlehnung an Ewa Thompson von der Existenz einer „postkolonialen Mentalität“ (S. 580) in Polen ausgeht. Er stellt fest, dass die polnischen Dichter nicht nur den Kommunismus, sondern auch die Demokratisierungsphase kritisch beleuchten. Jasmina Husanović betrachtet den Begriff „Transformation“ sogar als Produkt einer neoliberalen Ideologie, die u.a. dazu diene, die Verbrechen, die nach der Wende auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens stattgefunden haben, als bedauerliche „Pannen“ einer sonst positiven Entwicklung zu verharmlosen.

Im ersten Abschnitt des Buches werden die Transformationsprozesse allerdings differenzierter dargestellt. Leszek Jesień erwähnt zwei in Polen beliebte Mythen, die dazu beigetragen hätten, den Weg des Landes nach Westen zu ebnet: die Narrationen eines friedfertigen, wirtschaftlich erfolgreichen und freien Europas und Polens als einer pluralis-

tischen Gemeinschaft von Nationen, die in der Vergangenheit stets in friedfertiger Koexistenz gelebt hätten. In Mazedonien war es nach Zhidias Daskalovski vor allem die EU-Konditionalität, die positive Folgen zeitigte. Der Druck aus Brüssel hat nicht nur den Aufbau demokratischer und leistungsfähiger Institutionen beschleunigt, sondern auch die Vermittlung von westlichen Werten und Normen forciert. Auch die erfolgreiche Mediation der EU zusammen mit den USA bei der Lösung interethnischer Konflikte in der Region um 2001 herum wird gewürdigt. Diese positive Einschätzung der Rolle der EU wird auch von Nenad Micevic in Bezug auf das ehemalige Jugoslawien geteilt. Er kritisiert Jeremy Waldrons Auffassung des Multikulturalismus als ein auf (kulturellen) Affinitäten beruhendes Prinzip und plädiert für den Aufbau eines für den kulturellen Pluralismus offenen Europas. Dass die Bilanz der Transformationsprozesse auch Schattenseiten aufweist, zeigen mehrere weitere Beiträge. Blagovesta Cholova und Daniel Bochsler erwähnen die Instabilität der Regierungen in Zentral- und Osteuropa. Unmittelbar nach der Wende herrschte ein bipolarer Antagonismus zwischen kommunistischen und antikommunistischen Parteien, wobei die antikommunistischen Koalitionen fragmentiert waren. Später kam es jedoch bei Wahlen häufig zu einem Wechsel der Mehrheitsverhältnisse. Zugleich begünstigt das ausgeprägte Misstrauen gegenüber Parteien und institutionalisierter Politik das Erstarken populistischer Bewegungen. Nicole Gallina und Nicolas Hayoz erörtern die Dominanz der informellen Macht in den ost- und mitteleuropäischen Ländern. Informelle Netzwerke und Institutionen fördern Korruption und Klientelismus. In Russland werden die Rechtsprinzipien oft durch informelle Vereinbarungen ausgehöhlt, in Bulgarien und Rumänien dominieren mafiose Strukturen innerhalb der schwachen Staaten. In Tschechien bzw. Polen versuchen informelle Netzwerke Einfluss auf die Justiz zu nehmen, um Korruptionsskandale zu vertuschen. In den meisten Fällen haben wir es nur mit formellen Demokratien zu tun. Valentina Dimitrova-Grajzl unterscheidet zwischen Ländern, die früher unter ottomanischer Herrschaft standen, und Gebieten, die Teil der K.-u.-k.-Monarchie waren. Während in den Ersteren vor der Wende eine patrimonale Umgestaltung des Sozialismus vollzogen wurde und heute familiäre Strukturen dominieren, hat man in den anderen früher einen bürokratischen Sozialismus bevorzugt. Heute setzt man auf starke Regierungen. Auch die Wirkung der Eliten wird erörtert. In seiner Studie zum Kosovo kritisiert Arben Hajrullahu das Fehlen von „Funktionseliten“ und den Einfluss sog. „manipulativer Eliten“ (S. 168 ff.). Jan Čulík betont, dass die heutigen tschechischen Politiker ein geringeres Ansehen haben als im Sozialismus. Nach Ghia Nodia zeigt allerdings der georgische Fall die positiven Wirkungen der Schaffung einer neuen Elite. Dass diese zeitgemäßere Wertvorstellungen als der Rest der Bevölkerung des Landes hat, lässt sich aus der Untersuchung der gesellschaftlichen Wertesysteme Georgiens von Giga Zedania entnehmen. Mentor Agani, Remzije Istrefi und Benedikt Harzl sehen das Hauptproblem nicht bei den Eliten, sondern in der heutigen Anziehungskraft der Identitätspolitik und eines ethnisch definierten Nationalismus in den jeweiligen Bevölkerungen. Politische Mythen werden instrumentalisiert, um ethnische Konflikte zu verschärfen.

Der zweite Abschnitt ist der Aufarbeitung der Vergangenheit gewidmet. Irina Novikova zeigt am Beispiel der baltischen Länder, welche wichtige Rolle die *lieux de mémoire* bei den aktuellen Renationalisierungsprozessen spielen. So hat die Umsetzung des Denkmals der Befreier Tallinns, des sog. „Bronzenen Soldaten“, 2007 zu starken Spannungen mit Russland geführt. Auch Tomas Kavaliuskas erwähnt diese Episode in seinen Betrachtungen zum Streit um die Deutungsmacht bezüglich des 9. Mai 1945 in Russland und den baltischen Staaten. Das kollektive Gedächtnis lasse sich leicht manipulieren. In Kroatien hingegen versuchten Franjo Tudman und seine Partei HDZ die Geschichte des Zweiten Weltkriegs neu zu schreiben, um die Verbrechen des Unabhängigen Staates Kroatien (1941-1945) zu vertuschen. Stefan Dietrich erwähnt in diesem Zusammenhang u.a. die Zerstörung von Gedenkstätten für die Opfer der Ustaša unter der Präsidentschaft Franjo Tudmans. Ein kritisches Geschichtsschulbuch von 2006 werde von vielen Schulen Kroatiens nicht verwendet. In der Ukraine und Weißrussland haben Kreise um die Präsidenten

Wiktor Juschtschenko und Alexander Lukaschenko die sowjetische mythische Erzählung vom „Großen Vaterländischen Krieg“ nationalisiert, so Andriy Portnov. In der Ukraine müssten außerdem unterschiedliche Gedenkpraktiken, die aus gegensätzlichen Ideologien entstanden sind, miteinander kompatibel gemacht werden. Die Konstruktion der Nationalgeschichte steht auch im Zentrum des Beitrags von Christophe von Werdt zum Kosaken-Hetmanat, dessen Geschichte dazu dienen soll, die heutige Ukraine als Staat zu legitimieren. Krzysztof Brzechczyn beschreibt, wie auf Druck der Oligarchen in Polen die Gewerkschaft Solidarność zur Aufgabe ihrer Ideologie der selbstregierenden Republik gezwungen wurde. Wie François Rugg festgestellt, war der Optimismus vieler osteuropäischer Bürgerbewegten während der sanften Revolutionen ohnehin an rückwärtsgewandte Mythen gekoppelt. Angesichts all der Fehlentwicklungen und der heute weit verbreiteten Rückwärtsgeandtheit der Bevölkerungen ist es nicht erstaunlich, dass der östliche Teil Europas derzeit von einer Welle der Nostalgie überrollt wird. Hrsg. Daniela Koleva spricht von einer gelungenen Vermarktungsstrategie und von einer rückwärtsgewandten Utopie, welche die Vergangenheit beschreibt, wie sie hätte sein können. Dabei handele es sich zugleich auch um eine Anpassungsstrategie. Martin Pogacar zeigt am Beispiel Sloweniens aber auch, dass ein spielerischer Umgang mit der Nostalgie ein Gegengift gegen den Nationalismus sein kann, und Jasmina Husanović kritisiert in einem engagierten Beitrag „transitional justice“ (S. 507 ff.) und die Aufarbeitung der Vergangenheit, wenn sie nicht die Form eines „traumatic remembering“ (S. 513) annimmt. Die traumatische Vergangenheit soll laut Walter Benjamin als „Erlebnis“ (ebenda) erhalten bleiben.

Im dritten Abschnitt werden unterschiedliche Textarten (Romane, Dichtungen, Essays) angesprochen. Besonders gelungen ist die Analyse der neueren politischen Literatur von Maciej Urbanowski. Zum Schluss fehlt allerdings ein Fazit. Die Frage, ob das Glas halb-leer oder halb-voll ist, lässt sich daher nach der Lektüre der sehr breit gefächerten und heterogenen Beiträge nicht eindeutig beantworten. Jenseits dieser prinzipiellen Kritik überzeugt der Band mit einer Vielzahl an einzelnen, zum Teil spannenden Beobachtungen, die in den insgesamt 30 Beiträgen zusammengetragen werden.

Rostock

Yves Bizeul

Anzeigen

Polen. Kurze Geschichte. Hrsg. von Jerzy Kłoczowski und Hubert Łaszkiewicz. Instytut Europy Środkowo-Wschodniej. Lublin 2011. 163 S., Ill. mit CD „Diamond and Ashes. History of Poland“. ISBN 978-83-85854-88-3. – Anlässlich der EU-Ratspräsidentschaft Polens im Jahr 2011 hat das polnische Außenministerium das seit Jahren um die Förderung der historischen Ostmitteleuropaforschung überaus verdiente Lubliner Ostmitteleuropa-Institut in seinem Vorhaben unterstützt, einer nichtpolnischen Leserschaft eine neue „Kurze Geschichte Polens“ an die Hand zu geben. Mit ihr will das von Jerzy Kłoczowski mit großer Verve gegründete und geleitete Institut die Kenntnis der polnischen Geschichte innerhalb der europäischen Öffentlichkeit vertiefen. Ansatz und Ausrichtung der in vier Sprachversionen (Englisch, Russisch, Französisch, Deutsch) vorgelegten Synthese sind denn auch explizit „europäisch“, d.h. polnische Geschichte wird hier nicht – wie in vielen polnischen Synthesen noch immer gängig – allein aus einer ethnisch-polnisch-katholischen Perspektive erzählt, sondern als die Geschichte eines Gebildes, das nicht nur von Anfang an ein integraler Bestandteil europäischer Geschichte, sondern auch ethnisch, sprachlich, kulturell und konfessionell ausgesprochen komplex und vielgestaltig war und damit auch in sich selbst die Pluralität und Diversität Europas spiegelt. Dass diese neue „Meistererzählung“, wie sie im Sommer 2012 für die Frühe Neuzeit auch in einer Warschauer

Ausstellung des neuen Museums der Geschichte Polens in beeindruckender Weise entfaltet worden ist¹, nicht ohne gewisse Anachronismen auskommt, wird nicht verwundern. Insbesondere im Kapitel über das Mittelalter (Kłoczowski: Polen im mittelalterlichen Europa. Das christliche Gemeinwesen (Rzeczpospolita) des 10.-15. Jh.) fallen manche „Modernismen“ auf, die offenbar der aktuellen, engagierten polnischen „Europabegeisterung“ geschuldet sind; so wenn etwa vom „Beitritt Polens zur sich herausbildenden europäischen Zivilisation“ im Jahr 966 (S. 16) oder vom „Prozess der tiefgreifenden Integration Polens mit der westlichen Staatengemeinschaft“ (S. 20) im 13. Jh. die Rede ist. Dessen ungeachtet haben die vier Autoren – neben Kłoczowski sind dies Hubert Łaszkiewicz (Diamant und Asche. Die polnisch-litauische Adelsrepublik – Entstehung, Blütezeit und Niedergang), Jan Skarbek (Europa ohne und mit Polen. Polen im 19. und 20. Jh.) und Rafał Wnuk (Der Preis der Freiheit. Polen im 20. und 21. Jh.) ein ebenso knappes wie solides, sehr informatives Bild der polnischen Geschichte entworfen, dem der erfahrene Übersetzer Herbert Ulrich eine vorzügliche sprachliche Gestalt verliehen hat. Hervorzuheben ist die sehr gute Bildausstattung des Bandes. Das gebotene Bildmaterial und die sehr instruktiven thematischen Karten, die auf einer beigefügten CD durch eine englischsprachige Multimedia-Show weiter ergänzt werden, dürften nicht zuletzt für die Lehre hoch willkommen sein. Das einzige zu befürchtende Manko der Publikation, nämlich dass sie außerhalb Polens wohl nur schwer bzw. im Buchhandel kaum zugänglich sein dürfte, könnte mit Hilfe des polnischen Außenministeriums vielleicht dergestalt behoben werden, dass ein Exemplar der deutschen Version an alle Bibliotheken Historischer Seminare deutscher Universitäten geschickt wird, damit es auch tatsächlich bei dem Publikum ankommt, für das die handliche und empfehlenswerte Darstellung gedacht ist und bei dem man sich eine tiefere Kenntnis der polnischen Geschichte wünschen würde.

Warszawa – Münster

Eduard Mühle

¹ Pod wspólnym niebem. Rzeczpospolita wielu narodów, wyznań, kultur (XVI-XVIII w.) [Unter gemeinsamem Himmel. Die Republik vieler Nationen, Konfessionen, Kulturen (16.-18. Jahrhundert)]. Ausstellung im Zamek Królewski, Warschau 3. Mai bis 31. Juli 2012, gleichnamiger Katalog, hrsg. von Igor Kąkolewski, Warszawa 2012.

Postsocialist Europe. Anthropological Perspectives from Home. Hrsg. von László Kürti und Peter Skalník. Berghahn. New York u.a. 2009. X, 326 S., Ill. ISBN 978-1-8454-5474-6. (€ 35,-) – Der vorliegende Sammelband enthält Beiträge zum postsozialistischen Ostmittel- und Südosteuropa aus sozialanthropologischer Perspektive. Angesichts der Tatsache, dass anthropologische Studien zur betreffenden Region bisher hauptsächlich aus Westeuropa und Nordamerika stammen, sind die Hrsg. bemüht, die Sichtweise der „Insider“ zu etablieren, ohne die Verdienste westlicher Beiträge zu schmälern. Mit Unterstützung der European Association of Social Anthropologists wurde der Band von Peter Skalník (Sozialanthropologe und Hochschullehrer in Pardubice) und László Kürti (Anthropologe und Hochschullehrer in Budapest und Washington D.C.) herausgegeben. Neben der Einführung der Hrsg. und einem Nachwort von Christian Giordano (Soziologe und Hochschullehrer in Fribourg) bieten elf Beiträge einen multiperspektivischen Zugang zur Alltagskultur des postsozialistischen Ostmittel- und Südosteuropas. Drei Aufsätze widmen sich der Diskriminierung gesellschaftlich schlechter Gestellter. Nach Gender- und Machtverhältnissen fragend, bieten Alexandra Bitušiková und Katarína Košťálová einen Einblick in die Problematik der schwachen Beteiligung von Frauen an der Entscheidungsbildung in ländlichen Gesellschaften der postsozialistischen Slowakei. Geschlechtsbezogene Diskriminierung in Form der Homophobie spielt im Beitrag von Grażyna Kubica die zentrale Rolle. Die Soziologin erörtert die Rollen unterschiedlicher Akteure, Institutionen und Medien bei der Auseinandersetzung zwischen der polnischen Lesben- und Schwulenbewegung und ihren Unterstützern auf der einen und deren Gegnern auf der anderen Seite. Terézia Nagy widmet sich einer anderen Form des gesellschaftlichen Ausschlusses und zeigt, wie sich der Alltag der Obdachlosen im postsozialistischen Ungarn gewandelt hat. Auch ökonomische Faktoren der Transformation werden im Band thematisiert. Kürti zeigt den gesellschaftlichen Wandel und die nationale und transnationale politische und ökonomische Transformation Ungarns am Beispiel der Kaninchenzucht in einer mittelungarischen Gemeinde. Gabriel-Ionut

Stoiciu untersucht kulturelle Aspekte der Arbeit in multinationalen Unternehmen anhand eines exemplarischen Vergleichs der Situation in Rumänien und in Frankreich. Michał Buchowski zeigt anhand eines großpolnischen Dorfes, wie in den ländlichen Gebieten nach der Wende Identitätsprozesse privatisiert wurden und zunehmend die Besitzverhältnisse die soziale Identität der Bewohner bestimmen. Kollektive Identität in der Transformationsphase steht im Mittelpunkt dreier Beiträge des Bandes: Hana Červinková thematisiert die Reform der tschechischen Luftstreitkräfte und die damit verbundene Herausforderung an die berufliche Identität eines Offiziers. Vytis Čiubrinskas befasst sich mit Problemen der aus dem Westen immigrierten Auslandslitauer in der Zeit der postkommunistischen Transformation. Ihre Integration in die litauische Gesellschaft wird erschwert durch die Enttäuschung nostalgischer Vorstellungen von der litauischen „Heimat“, von dem Scheitern missionarisch-idealistischer Identität als „Experte“ aus der westlichen Welt und der Erfahrung verunsichernder Stereotypisierung und Stigmatisierung seitens der altansässigen Bevölkerung als „Amerikaner“. Zdeněk Uherek analysiert die unterschiedlichen Motive der Migration aus der Transkarpatischen Ukraine in die Tschechische Republik im Kontext einer umfassend verstandenen Ost-West-Migration. Ein Artikel widmet sich schließlich der politischen Kultur. Skalník analysiert aus anthropologischer Perspektive die „lokal-nationale“ und „rural-urbane“ Szene der tschechischen politischen Eliten nach 1989. Auch die Wissenschaft selbst wird in einem Beitrag thematisiert: Rajko Muršič beobachtet in den postmodernen slowenischen Geisteswissenschaften ähnliche Prozesse, wie sie vor Jahrzehnten in der subkulturellen Musikszene stattgefunden haben – Ablehnung der heroischen Gesinnung und des „epistemischen Imperialismus“ und die Hinwendung zu einer experimentellen, zunehmend selbstbestimmten, „partisanenhaften Punk-Anthropologie“ (S. 202).

Marburg

Konrad Hierasimowicz